

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 60 Pf. pro Monat,
1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 06

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Universit. eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abbildung unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Den Freunden im „Finsterland“.

Iht sprech so oft vom „Finsterland“ —
Mir ist es gut bekommen,
Auch hat es mich, ich sag' es gern,
Recht freundlich aufgenommen. —

Die Kameraden harren schon;
Wo ich auch hingegangen,
(Westfalenland und Austria)
Mich gastlich zu empfangen. —

Zu viel des Guten hat man fast
Dort für mich aufgetragen,
Auch hört' ich noch im grünen Wald
Die Nachtigallen schlagen. —

Drum schwält mir nicht das „Finsterland“,
Auch dort ist's hell geworden,
Und prächtig blüht's am Emscherstrand
Und an der Lippe Borden. —

Was kann man denn vom jungen Sproß
Auch wohl schon mehr verlangen?
Den Kameraden aber Dank
Für's gastliche Empfangen. —

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen,
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Anzeigen fallen die siebenfachseitige Folien.
Ges. resp. beten Baum 1.— Markt.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
26maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telegramm-Adresse:
Arbeitsverband Bochum.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Syndikatspreise natürlich höher und Mordiv. Die Syndikatgeschäftsleiter beziehen doppelte und dreifache Ministergehälter. Auch das sind Arbeitergroschen!

Wieviel Beiträge an das Syndikat der Grubenherren hat jeder Arbeiter aufzubringen? Darüber erzählt der Geschäftsbericht der Zeche Graf Bismarck: Die Arbeiterzahl betrug 4840; der Beitrag an das Kohlensyndikat belief sich auf 1007218 Mark. Damit nun Freunde und Feinde augenscheinlich beurteilen können, wie geringfügig die Gewerkschaftsbeiträge sind, stellen wir sie mit den Syndikatsbeiträgen zusammen. Es hat pro Arbeiter betragen 1900 wöchentlich:

Syndikatsbeitrag (Graf Bismarck) 446 Pfennig

Wollbeitrag zum Bergarbeiterverband 40 Pfennig

Mehr als einmal soviel wie an seinen Bergarbeiter-Verband hat der Arbeiter an Beiträgen an das Werkscherrsyndikat zu leisten! Vom Bergarbeiterverband kommt das Mitglied für 40 Pf. Wochenbeitrag eine Zeitung, Rechtschule, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Streikunterstützung, Gewahrsamenunterstützung, Sterbegelder. Vom Werkscherrsyndikat werden die Arbeiter vom Lohn abgezogenen Beiträge benutzt zur Stärkung der Werksmacht gegenüber der Arbeiterschaft. Das ist der Unterschied.

Wir glaubten, die Historie von den „erprechten Beiträgen“ um dieses zeltgemäße Kapitel bereichern zu sollen. Kameraden, merkt es euch!

Wer verteuert die Kohle?

Die Werkspresse wird nicht milde zu versichern, der Arbeiterlohn sei „fortgesetzt gestiegen“, verteile „fortgesetzt“ die Selbstkosten und müsse zu den viel kritisierten Preiserhöhungen. Bei jeder Gelegenheit kommt die Bechenerpresse auf die vorjährig von der Siebenerkommission auf Wunsch der Belegschaften gestellte, von den Bechenerverwaltungen abgelehnte Lohnforderung zurück und behauptet, die Organisationstreter hätten zugunsten wider besseres Wissen von schlechten Lohnverhältnissen gesprochen.

Man muss die jammervoll abhängige Stellung der Bechentinkulis berücksichtigen, die ja nicht aus Überzeugung, sondern auf Befehl des Vob der Werksbesitzer stammt. Würde sich so ein armstarker Schreinbauer unterstellen, der Wahrheit die Ehre zu geben, dann wäre es schnell mit seinem gutbezahnten Büschen zu Ende. Also schwundet und liegt der Tintenkull, daß sich die Balken biegen. Unständig ist Schmolz nicht, aber braubar für das Unternehmertum.

Die Arbeitervertreter haben nicht bestritten, daß die Löhne insbesondere nach dem großen Streik wieder gestiegen sind. Was die Siebenerkommission zu ihrer Lohnförderung veranlaßte, war und ist die Tatsache, daß immer noch viele tausende Bergleute einen Zammerlohn erhalten und im allgemeinen die Löhne gegen die Steigerung der Lebensmittelpreise zurückgeblieben sind. War es doch die „Rhein-Westf. Zeit.“, das unverblümliche Kohlensyndikatblatt, die im Oktober v. J. konstatierte, der Bergmann sehe sich infolge der Lebensmittelsteuerung trog höherer Löhne schlechter wie früher. Natürlich schrieb daselbe Blatt kurze Zeit später genau das Gegenteil. Die stramnkapitalistische Bergwerkszeitung schrieb ebenfalls — es war am 9. Sept. 1906 — die „Preise für die notwendigsten Lebensmittel“ hätten „eine solche Höhe“ erreicht, daß sie für die „weitesten Schichten des Volkes“ als „unerschwinglich“ bezeichnet werden dürften. Auch diese Zeitung versuchte trotzdem kurz darauf zu beweisen, die Arbeiterlöhne seien mehr wie die Lebensmittelpreise gestiegen. Sogar die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, ein Regierungsorgan, ließ sich am 17. Oktober 1906 vernichten, die Bergleute seien mit ihrem Lohn gegenüber den Lebensmittelpreisen „in Macht geraten“. Und gleichfalls tat dieses Blatt vor den Börnesblättern aus dem Unternehmerlager demütig Buße, schrieb wenige Tage später genau entgegengesetzt.

Ergöglich ist es, nun zu beobachten, wie sich armstige Tintenkulis, die auf Befehl rechts und links schreiben, anstrengen, „Widersprüche“ von Arbeitervertretern auszutasten. Wer sich jammert, gegen bessere Überzeugung, dazu herigt, zur Lüge zu stampfen, was er wenige Tage vorher selbst als Wahrheit verkündete, der darf bestenfalls auf Mitleid Anspruch erheben, scheitert aber aus der Reihe charaktervoller Persönlichkeiten aus.

Was die Arbeitervertretung fordert, dazu ist sie berechtigt, wie sie die Forderungen begründet, das ist selbst von arbeiterfeindlichen Blättern als richtig zugegeben worden. Dass später diese Organe steinigten, was sie ausrichteten, ist nicht unsere Sache.

„Wissenschaftlich“ ist Herr Dr. Jüngst, ein Angestellter des Bechenervereins im Ruhbeden, den Lohnforderungen der Arbeiter zu Leibe gegangen. Auf den Herrn berufen sich die armstigen Schmolz zu gerne. In einer umfangreichen, mit statistischen Tabellen gespickten Abhandlung (im „Glick auf“) hat es Herr Jüngst fertig gebracht, sogar eine Verbilligung der Arbeiterernährung (z. B. für die Stadt Essen) herauszurechnen. Die „wissenschaftliche“ Methode des Herrn besteht darin, Haushaltungsrechnungen von Berliner (!) Arbeitern auf das Ruhgebiet zu übertragen, und, obgleich er selbst das als einen „Notbehelf“ bezeichnet, doch die unglaublichen „Haushaltungsrechnungen“ darüber aufzumachen. Statt uns mit dieser durchaus halblosen Rechnerei näher zu befassen, fragen wir Herrn Jüngst nur, wo er denn seine Kenntnis der Ernährungsverhältnisse der Arbeiter her hat? In welchen Arbeiterfamilien war Herr Jüngst zu Gast, um behaupten zu können, die Ernährung sei ausreichend, habe sich gebessert, verbilligt gegen früher? Wir sind es ja in Deutschland gewohnt, wenn Arbeiterverhältnisse „amtlich“ ermittelt werden, daß man dann nicht zu den Arbeitern, sondern zu den Werksbesitzern und Polizeibehörden geht. So liest man in den Berginspektorenberichten häufig von „guter“, „ausreichender“, „verbesserter“ Arbeiterernährung, aber niemals höchten wir, daß Berginspektoren die Arbeiter in ihren Wohnungen aufsuchten, um an Ort und Stelle die Tatsachen kennen zu lernen. Zur selben Zeit wo aus Beamtenkreis ein Petitionssturm auf die Parlamente zwecks Gehalts erhöhungen unternommen wird, begründet mit den enormen Teuerungsverhältnissen, zur selben Zeit wo selbst von agrarischer Seite eine außergewöhnliche Fleischverteuerung zugegeben werden muss, da bringt Herr Dr. Jüngst es fertig, eine Verbilligung

der Ernährungsverhältnisse auszurechnen! Alle Achtung vor diesem Kunststück!

Einen verbrauchten Trick wendet Herr Dr. Jüngst an bei der Berechnung des Volumanteils der Arbeiter am Produktionswert. Nach Dr. Jüngst geben wir diese Tabelle zum besten:

	Wuhrgebiet	Oberschlesien	Saargebiet
	Wert der Anteil der Produktion Arbeiter	Wert der Anteil der Produktion Arbeiter	Wert der Anteil der Produktion Arbeiter
	löhne	löhne	löhne
1886	188,7	57,7	50,7
1900	508,0	57,6	184,6
1904	557,0	56,8	190,1
1905	548,9	56,1	202,1
			86,9

Die Bechenerpresse behauptet, die Arbeiterlöhne müssen einen immer höheren Teil des Produktionswertes in Anspruch. Aber selbst die von Herrn Dr. Jüngst aufgestellte Statistik beweist das gerade Gegenteil! Der Anteil der Arbeiterlöhne am Produktionswert ist gesunken! Infolgedessen können die Arbeiterlöhne nicht zu der jetzt abermals vorgenommenen Kohlenpreisernhöhung genötigt haben.

Nun besteht hier das „wissenschaftliche“ Verfahren des Herrn Dr. Jüngst darin, daß er zwar zugibt, in den Wertsummen seien die Einnahmen für Nebenprodukte nicht enthalten (obgleich die Löhne für sämtliche Arbeiter angerechnet sind!), aber der Herr versucht, durch eine spezielle Prozentberechnung der Löhne nur der unterirdischen Arbeiter den Fehler „eingemessen“ wieder gut zu machen. Doch ist dieser Versuch durchaus verfehlt. Solange die Werkssyndikate noch nicht bestanden, kam der amtlich ermittelte „Durchschnittswert“ der Tonne den tatsächlich erzielten Preisen ziemlich nahe. Seitdem aber die Werkssyndikate das Verkaufsgeschäft übernommen, hat der amtlich ermittelte „Durchschnittswert“ nur noch statistische Bedeutung, die tatsächlichen Kohlenpreise bieten ein ganz anderes Bild. Z. B. wurden für das Kohlenknappjahr 1900 als „Durchschnittswert“ pro Tonne Kohle ermittelt im Ruhrgebiet 8,55 Mark, in Oberschlesien 7,43 Mark, im Saargebiet 11,64 Mark. Die Verkaufspreise (auch für nichttaufbereite Kohle) standen aber 50 bis über 100 Prozent höher, wie aus der von der Reichsregierung ausgegebenen Kartellentschließung ersichtlich ist. Wollte Herr Dr. Jüngst wirklich wissenschaftlich einwandfrei arbeiten, dann durfte er nicht den beweislosen „Durchschnittswert“ erwähnen, sondern mußte den tatsächlichen Durchschnittswert seiner Rechnung zugrunde legen. Er kann das Material haben vom Werksbesitzerverband, aber Herr Jüngst operiert mit dem „Durchschnittswert“, obgleich auch dem Herrn bekannt sein mag, daß selbst sein Versuch, die Fehlerquelle „eingemessen“ zu verstopfen, den Tatsachen nicht entsprechend gerecht wird.

Nach einem ungefähren Überschlag hat der Wert, der auf den Ruhrdechenanlagen erzeugten Nebenprodukte (Koks, Brüderkohle, Teer, Ammoniak, Benzol, Ziegel etc.) in den letzten Jahren jährlich über 200 Millionen Mark betragen! Für 1906 berechnen wir den Wert der Nebenprodukte auf 240 bis 250 Millionen Mark! Es geht doch wahrhaftig nicht an, alle Arbeiterlöhne lediglich auf den Wert der Kohlenförderung zu berechnen, dagegen die riesigen Einnahmen für Nebenprodukte der Produktionswertsumme nicht zu zurechnen.

Wenn nur schon die für Nebenprodukte eingenommenen Millionen der Produktionswertsumme zugezählt würden, der Prozentsatz der Arbeiterlöhne an der Wertsumme würde bedeutend niedriger zum Vorschein kommen. Auch würde dann der Arbeiterlohnssatz pro 1905 gegen 1886 noch viel niedriger stehen, wie ihn Herr Dr. Jüngst auszurechnen beliebt, weil die Herstellung von Nebenprodukten sich besonders im letzten Jahrzehnt am bedeutendsten ausgedehnt hat. Neuerdings gehen die Bechenergellschaften sogar dazu über, eigene Werkstätten für Maschinen- und Wagenbau anzulegen. Wenn Herr Dr. Jüngst seine Rechnungsmethode beibehält, können wir von ihm noch schöneren Kunstrechnerei erleben.

Und trotzdem! Sogar des Herrn Dr. Jüngst Rechnerei endet mit einer glänzenden Rechtfertigung der Bergleute! Würde die Kohlenpreisverteuerung — wie die zellenhindrenden Tintenkulis behaupten müssen — den Bergleuten zur Last fallen, dann müßte der Anteil der Bergarbeiterlöhne an dem Produktionswert festgelegt sein. Aber im Gegenteil — er ist gefallen, selbst wie Herr Dr. Jüngst rechnet. (Den wir übrigens nicht zu den Tintenkulis zählen). Betrachten wir uns die Jahre 1899 und 1900. Damals gingen die Kohlenpreise auch sprunghaft in die Höhe. Tintenkull mußte schreiben: „Das machen die Bergarbeiterlöhne“. Indessen haben von 100 Mark Produktionswert an Lohn erhalten die Bergarbeiter in Oberschlesien im Ruhbeden im Saargebiet

1899	34,0 M.	59,7 M.	42,6 M.
1900	32,5 "	57,6 "	38,5 "
1901	31,6 "	56,6 "	36,8 "

Damit ist klar bewiesen, daß die Lohnsumme der Arbeiter gegenüber der Förderwertsumme gesunken ist! Also haben nicht die Arbeiterlöhne die Kohlenverteuerung, sondern nur um die Werksüberschüsse noch zu erhöhen, wurden die Preise hinaufgeschraubt.

Im „Schläm-Archiv“ hat Herr Dr. Kurt Uhde eine sehr lehrreiche Studie über die Produktionsbedingungen im englischen und im deutschen Stein Kohlenbergbau veröffentlicht. Herr Dr. Uhde bemüht zum Teil auch die von Herrn Dr. Jüngst verwendeten fehlerhaften Zahlen, erweitert die Statistik aber bedeutend. Wir können nach Herrn Dr. Uhde nun auch spezialisierte Gewinn- und Lohnberechnungen aus den einzelnen Steierren mitteilen. Danach hat im Saargebiet betragen

	der Kohlenpreis	vom Kohlenpreis entfallen auf	
	pro T.	Arbeiterlöhne	Wertsüberschüsse
1895 . .	8,13 M.	51,3 Proz.	14,6 Proz.
1900 . .	10,65 "	42,1 "	25,4 "
1904 . .	10,19 "	46,6 "	16,8 "

Hier sehen wir deutlich wie die Preiserhöhungen den Werkeherren zugute kommen, der Anteil der Arbeiterlöhne am Kohlenpreis ist stark gesunken.

Für das Braunkohlenbeden gelten folgende Zahlen:	
Preis pro Tz.	Vom Kohlenpreis entstehen auf ab Wert. Arbeitnehmer Reingewinn.
1890 : 7,66 Mr.	69,9 Proz. 14,9 Proz.
1900 : 8,55 " " 18,8 "	8,7 " 18,8 "
1901 : 8,76 " " 18,8 "	8,6 " 18,8 "
1904 : 8,88 " " 14,7 "	8,67 " 14,7 "
1908 : 8,40 " " 18,4 "	8,61 " 18,4 "

Die höheren Kohlenpreise, welche niedriges der Einschall der Arbeiterlöhne an der Produktionswertsumme! Herr Uhde teilte seiner Zeit, es hätten im Ruhrgebiet betraten der.

Reingewinn		Dividende der	
pro Tz.	Aktiengesellschaften	pro Tz.	Aktiengesellschaften
1896 : 0,64 Mr.	2,85 Proz.	1908 : 1,48 "	8,40 "

Herr Dr. Jungst berechnet, der Lohn der Untertagsarbeiter im Ruhrgebiet sei von 1886 bis 1905 um **61,80** Proz. gestiegen. Vorstellig, wie der Herr in solchen Dingen ist, unterlässt er auch anzugeben, daß schon der amtlich ermittelte Durchschnittswert pro Tonne Rohkohle von 1886 bis 1905 um **80** Proz. zunahm und daß, wenn man auch nur den (viel zu niedrigen) Durchschnittswert annimmt, auf jeden Rohrbergungsum ein Leistungswert entstehen: 1886: 1442, 1905: 2248 Mr. ! An solchen Unbequemlichkeiten geht Herr Dr. Jungst nur zu schnell vorbei.

Wir aber haben keine Lust, den Bergarbeiter als den eigentlichen Kohlenherten verächtigen zu lassen. Gestestet haben wir — und zwar schon mit Hilfe der für die Arbeiterschaft sehr ungünstig aufgestellten Jungst'schen Zahlenreihen — daß die Bergleute immer weniger Lohnanteile bekommen, je höher der Kohlenpreis hinaufgeschräkt wird! Nicht die Bergarbeiter, sondern die nach immer höherer Dividende lüsternen Aktien- und Augenbürger verteuern die Kohle über Gebühr!

Arbeit und Kapital in der rheinischen Braunkohlenindustrie.

(Ein kapitalistisches Studium.)

Im rechtsrheinischen altölbilichen Lande hat sich mit amerikanischer Schnelligkeit eine bedeutende Braunkohlenindustrie entwickelt. Es handelt sich um ein neues Industriegebiet mit Arbeiterschlüssen, die schon oft Gegenstand unserer Kritik gewesen sind. Den von den (natürlich starr organisierten) Besitzern — Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie — herausgegebenen Berichten entnehmen wir nachstehende übersichtliche Tabelle zur Ergänzung unserer früheren Mitteilungen:

	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Förderung an Braunkohlen i. Absatz an Roh-Braunkohlen t. Selbstverbrauch und Verarbeitung	5 902 500	5 394 000	6 007 900	6 768 900	7 886 100	9 622 800
Gesamtverbrauch	980 600	914 300	880 000	904 100	1 085 100	1 082 200
Herstellung von Braunkohlenbetriebs	5 849 000	4 735 200	5 889 500	6 068 500	7 091 800	8 791 000
Gesamtabsatz v. Braunkohlenbetriebs	1 495 800	1 280 500	1 488 400	1 720 800	2 028 000	2 446 800
Braunkohlenförderung an Braunkohlenbetriebs	1 285 100	1 888 400	1 478 100	1 706 100	2 152 600	2 881 800
Braunkohlenförderung an Braunkohlenbetriebs	144 800	128 600	117 600	148 200	177 100	204 800
Gesamtförderung Braunkohlenförderung an Braunkohlenbetriebs	6 880	4 792	4 769	5 000	5 288	6 267
Summe der gezahlten Löhne Mr.	5 074 700	4 874 600	4 878 800	4 805 800	5 281 700	6 905 900

Die Förderung ist von 1901 bis insl. 1906 um über 60 Prozent gestiegen, die Zahl der Arbeiter war 1906 geringer als 1901. Die Betriebsfabrikation hat sich um über 70 Prozent gehoben. Es liegt also eine kolossale Steigerung der Arbeitsleistung vor.

Stellen wir doch einmal zusammen, wie die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit“ im rechtsrheinischen Braunkohlenbetriebe sich ausnimmt. Unter den Grubenaktionären dort befinden sich auch Besitzer längst voller Namen aus der „christlichen“ Zentrumspartei, die von sich rühmt, allenfalls voran in der Sozialpolitik für die Arbeiter zu sein. In der Aktiengesellschaft finden wir auch die Familie Erichsen-Köln vertreten. Also stellen wir zusammen, wieviel Förderung, Leistungswert, Lohn und Lohnanteil vom Förderwert pro Arbeiter entfallen. Wir stellen nur den Rohkohlenwert in Rechnung. Hier ist die Übersicht:

	Bunahme von	
	1901	1906
Leistung pro Arbeiter	946 Tz.	1536 Tz.
Wert der Arbeitseristung	2279 Mr.	3438 Mr.
Durchschnittslohn pro Arbeiter	944 "	1120 "
Bon 100 Mark Förderwert erhält der Arbeiter als Lohn 1901 41,5 Prozent, 1906 32,4 Prozent.		19 "

Es lebe die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“! Zum Lohn für seine riesige Mehrleistung erhält dieser Arbeiter vom Bruder Kapitalist nur noch 32,4 Prozent des Leistungswertes, gegen 41,5 Prozent fünf Jahre vorher. Wenn dies „harmonische“ Verhältnis anhält und weiter blüht und gedeiht, dann geht der rheinische Braunkohlenbergmann einer wunderreichen Zukunft entgegen.

Aber das große rheinische Braunkohlenlager befindet sich ja ganz nahe bei Köln, wo der sozialpolitische Generalissimus des Zentrums sein Quartier hat! Ist ihm nie etwas zu Ohren gekommen, von dem in seiner nächsten Nähe befindlichen „Arbeiterparadies“? Außerdem sind ja auch vollständig Namen aus der zentralistisch christlichen Großbürgerschaft Köln in der rheinischen Braunkohlenbesitzer-Liga vertreten! Die müssen doch ganz bestimmt wissen, welche elenden Arbeiterverhältnisse im Revier Brühl-Ulmen herrschen. Aber machen die Kölner Zentrumsbourgeois es ihren stummen Mitstreitern in Westfalen nach, die in „christlicher Selbstlosigkeit“ mit beiden Händen zusammenscharren, was ihnen eine jämmerlich epische Proletarischgar erweckt.

Der „Bergknappe“ hat auch schon oft über Werksstände aus dem rheinischen Braunkohlenbezirk geschrieben. Warum sagt der „Bergknappe“ seinen Lesern nicht, daß dort ein „Arbeiterparadies“ auch einflussreiche Mitglieder der rheinischen Zentrumspartei ihr Kapital arbeiten lassen? Der „Bergknappe“ darf sonst gar nicht mit schärfster Kritik liberaler und sozialdemokratischer Arbeitgeber, das lädt seine Neutralität zu. Jedemal aber, wenn Kapitalisten aus Zentrum freien in Betracht kommen, ist das „neutrale“ Blatt zugelöst, hält sich der Knabe die Schläfe anzugähnen.

Wir blättern in letzten Bergknappberichten durch und stoßen auf folgenden hochinteressanten Bericht über das Revier Brühl-Ulmen: Der Berginspektor bemeldet, in dem Revier habe der „christliche Bergarbeiterverband“ neu errichtete Färbereien eingang gefunden. Das habe die Nutznießerschaft erhöht, die „Disziplin gelöst“. Das ist sehr beständig zu hören. Die Gewerbevereinsführer haben das bei jeder Gelegenheit verschwiegen, sie

allein ergeben die Arbeiter zu „besonnenen Gewerbevereinen“, untergraben nicht die Macht der Werksherren, ständen auf „vereinfachtem“, „christlich-nationaldem“ Boden. Und nun lesen wir im Bergknappbericht, der Gewerbeverein habe „Nutznießerschaft und Disziplinlosigkeit“ in das Revier Brühl-Ulmen hinein getragen. Wohl soll das noch führen?

Wie erbärmlich müssen die Zustände sein, daß sogar die „besonnenen Gewerbevereinsführer“ als „Heiter“ erscheinen!

Und nun kommt die hergerückende Arbeiterfreundlichkeit der rheinischen Grubenbesitzer zum Vorschein. Der Herr Berginspektor erzählt: Da die fremdländischen Arbeiter der Organisation im allgemeinen fernebleiben, so sind die Werke mehr und mehr geneigt, die inländischen Arbeiter durch Ausländer zu ersetzen. 1905 beschäftigte ein Werk fast nur Ausländer; 1906 60 Prozent Ausländer!

So lebt die „nationale Arbeiterpolitik“! Ein dreimaliges Hurra der „nationalen Gestaltung“ der rheinischen Grubenkapitalisten! Die Ausländer sind auch wohl der Organisation geneigt, aber ihnen gegenüber gibt es Polizeibehörden, die eventuell die Organisierten auf den Schuß bringen. Österreichisch-ungarische und italienische Arbeiter sind den „nationalen“ Kapitalisten nicht mehr sicher genug — wann kommt die chinesischen oder afghanischen Kulis?

Da hat sich der Gewerbeverein „auf christlich-nationalen“ Grundlage gestellt; wie er aber in das Gebiet der „christlich-nationalen“ Unternehmung eintritt, machen diese kurze Prozeß, entlassen die Einheimischen und holen sich Fremde, mit denen die Polizei eventuell „ein ernstes Wort“ reden kann. Ein Erfolg der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung ist also die Ausbreitung der nationalen Arbeiter!

Und das passiert im „heiligen Kölner Lande“ beim Gewerbeverein, der das „Vaterland retten“ hofft vor den „roten Umsturzern“. Werden die Siebel weichen?

Bauwirtschaftliche Rundschau.

Bergarbeiterlöhne und Nahrungsmittelpreise.

Im „Reichsanzeiger“ werden die preußischen Bergarbeiterlöhne pro erstes Quartal 1907 veröffentlicht. Wir geben die Lohnziffern nachstehend bekannt und stellen zum Vergleich die vorher gezahlten Löhne daneben. Nach Entwicklung der Bergarbeiter haben die Durchschnittslöhne der Gesamtdecken betragen:

	1. Quartal	4. Quartal	Jahresdurchschnitt
	1907	1906	1906
Steinkohlenbergbau:			
Mr.	Mr.	Mr.	Mr.
Oberschlesien	8,89	8,88	8,28
Niederschlesien	8,20	8,18	8,05
Ruhrgebiet	4,70	4,59	4,87
Würtemberg	4,54	4,57	4,41
Saargebiet	4,01	3,97	3,88
D.B.W. Halle	8,44	8,48	8,85
Unterhessischer	8,70	8,70	8,70
Salzbergbau:			
D.B.W. Klausthal	4,06	8,95	8,88
Gräberbau:			
Mansfeld	8,57	8,61	8,42
Öberharz	2,69	2,62	2,51
Gegen	4,38	4,25	4,08
Kassau-Wetzlar	8,88	8,20	3,18
sonstiger rechtsrhein. 8,55	8,52	8,88	8,08
Unterhessischer	2,84	2,86	2,76

In mehreren Bezirken ist 1907 der Lohn gegen das Vorquartal gefallen oder gleich geblieben. Wo aber eine Lohnzunahme erfolgte, da berücksichtigt man bitte nur die Verkürzung der wichtigsten Nahrungsmittel! Um uns von „guten Freunden“ nicht den Vorwurf zu ziehen, wir übertrieben in „heiterer Weise“, geben wir dem Regierungssorgan, der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, das Wort. Dieses Blatt läßt sich also vernehmen:

Nach der letzten Lebensmittelstatistabelle hat das Getreide im Mai d. J. eine sehr starke Preiserhöhung erfahren, der das Mehl langsam gefolgt ist. Auch Kartoffeln, Stroh und Heu haben ihre Preise stark erhöht. Die Fleischpreise sind noch weiter gesunken, doch dürfte die Bewegung nach unten bald zum Abschluß gelommen sein. Der Weizen kostet im Durchschnitt aller Markttekte 202 Mark für 1000 Kilogramm gegen 187 Mark im April d. J. Man muß bis zum Juni 1908 zurücksehen, um einen höheren Weizenpreis zu finden. Der Roggenvon hat seinen Preis von 172 auf 192 Mark erhöht, eine Steigerung, die in der neueren Preisstatistik ganz einzig dasteht. Man muß um 15 Jahre, bis zum Juli 1892, zurückgehen, um einen höheren Roggenvon zu finden. Der Durchschnittspreis der Gerste beträgt 170 Mark gegen 164 Mark im Vormonat. Auch hier müssen wir bis 1902 zurückgehen, um einen höheren Preis zu finden. Der Durchschnittspreis des Hafer ist von 180 Mark auf 192 Mark gestiegen und hat damit eine Höhe erreicht, wie sie seit Menschengedenken nicht beobachtet ist. Der Durchschnittspreis der Kartoffel ist von 68,9 auf 71,1 Mark gestiegen.

Das konstatiert nun auch ein Regierungssorgan! Von einem „Sinten der Fleischpreise“ ist so wenig zu spüren, daß fürrlich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ einen Sturmtrubel gegen die Fleischgewaltigen“ die Röte war. Die „Fleischgewaltigen“ machen es halt den Bevölkerungsmägten nach, aber diese finden in der Rhein-Westf. Ztg. stets unerschrockene Verherrlichung. Was den Arbeitern wirklich an Mehrlohn zugute kam, verbessert ihre Lage nicht, weil mehr noch daraufgeht beim Einkauf der nötigsten Nahrungsmittel. Im Auslande sind die Preise viel niedriger! So genießt die Bergarbeiterwoche den „Gegen des Schuges der nationalen Arbeit“.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1906.

Der Jahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, das Resultat einer ungemein fleißigen statistischen Sammelarbeit, ist bereits erschienen. Er zeigt auch im vorherigen Jahre von Seiten der Mittelständler und ihrer Freunde bei den Behörden auf die Konsumvereine höchst niederschlagende Schläge, hat sich die Bewegung doch in gesunder Weise vorwärts entwickelt. Noch steht die Konsumvereinorganisation der deutschen Arbeiter — denn um diese Bevölkerungsklasse handelt es sich in erster Linie bei der Mitgliedschaft der Konsumvereine — hinter ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation zurück, aber die Vorbedingungen und der gute Wille sind vorhanden und sind besonders in jüngster Zeit maggig angewachsen, das Perspektivum nachzuholen. Wir entnehmen dem Bericht folgende Angaben:

Der auf dem Höhepunkt der Hochbauten standen liegenden Zentralverband befandlich ein jüdisches Gebilde aus sieben, größtenteils schon viel

länger bestehenden Revisionverbänden, entwickelt sich immer mehr zum Hauptrepräsentanten der deutschen Konsumvereinsbewegung. Die Zahl der ihm angehörenden Genossenschaften betrug Ende 1905 gegen 865. Ende 1906, die Zahl der Vereine erstaunlich 808 gegen 803. Die Mitgli

wurde ihm noch für den darauffolgenden Monat die Miete vom Lohn abgehalten. Belegte nicht deutscherseitig geltend, daß Kläger laut § 7 des Mietvertrages verpflichtet gewesen sei, den Schlüssel an den Kolonieverwalter abzugeben, dieses sei jedoch nicht geschehen. Kläger hält dem entgegen, daß ihm bei seinem Einzug der Schlüssel nicht vom Kolonieverwalter sondern von den Mitbewohnern des betreffenden Hauses übergeben worden sei und habe man dieses bisher immer so gehandhabt. Bei seinem Auszug hätte er nun den Kolonieverwalter nirgends finden können und so habe er den Schlüssel einfach an die Leute wieder abgegeben, von denen er denselben erhalten habe. Dieses sei auch bisher so alles gewesen und immer so gehandhabt worden. Belegte bestreitet dieses nicht, lehnt aber einen vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Vergleich ab. Als das Gericht zur Verurteilung abgetreten war, erklärte der Vertreter der Zeche dem Kläger, er solle zum Herrn Direktor kommen und bitten, dann würde ihm der einbehaltene Betrag zurückgeschafft. Brutaler kann sich jedenfalls der Unternehmerpunkt nicht dokumentieren. Der Arbeiter soll des und wehntlich zu Kreuze schreien, dann wird ihm das, daß zu Unrecht einbehaltene Geld zurückgezahlt. Der Kläger wurde vom Gericht mit seiner Klage abgewiesen, aber moralisch ist jedenfalls in den Augen aller rechtlich Tendenzen die Zeche gerichtet. Die beiden Urteile sind uns völlig unverständlich und wie bezeichnend, daß das Urteilsteil Dennis geeignet ist, den Bergarbeitern Vertrauen zur Rechtsprechung der Berggewerbejerichte einzuspielen.

Spruchkammer Necklinghausen-Ost. In der letzten Sitzung standen vier Klagsachen zur Verhandlung. Bergmann W. klage gegen die Zeche Necklinghausen I auf Auszahlung eines rückständigen Lohnes von 45 Ml. Belegte machte geltend, daß wegen wesentlicher Veränderung der Übereinkommen das Gehinde des Klägers von 25 auf 10 Ml. reduziert worden sei, was indes von letzterem bestritten wird. Auf Vorschlag des Vorsitzenden kam ein Vergleich zustande, wonach Kläger noch 22,50 Ml. erhält und auf weitere Ansprüche verzichtete. — Die Klage des Bergmanns St. gegen Zeche Ewald I und II auf Zahlung von 68,17 Ml. Schadensatz wurde verlegt, weil weitere Gewerbeschädigung stattfinden soll. — Bergmann St. klage gegen Zeche König Ludwig I u. II auf Auszahlung eines Lohnes sowie Schadenertrag von insgesamt 800 Ml. Durch Interesse in östpreußischen Zeitungen, wonach Zimmerhauer einen Durchschnittslohn von 5,28 Ml. verdienen sollten, hat Kläger sich verleiten lassen, seine ganzen Höbelstücke in Ostpreußen zu Schleuderpreisen zu verkaufen, um die Miete nach den gesagten Gefilden des Mührenwesens zu erzielen. Am 21. März, Abhuttag, erhält er aber lediglich 5,28 Ml., wie durch die Zeitungen verprochen worden war, sondern nur 4,20 Ml., worauf er die Arbeit einstellt. Die Zeche hält ihm jetzt wegen Kontraktbruch sechs Schichten Lohn ein. In der Verhandlung betonte geltend, daß Kläger keine Papiere als Zimmerhauer beliebt und sie ihn darum als Hölzermühren einstellen mussten, diese erhalten aber nur einen Schichtlohn von 4 Ml. bis 4,50 Ml. Da Belegte es ablehnt sich auf einen Vergleich einzulassen, ergibt das Urteil dahin. Belegte wird verurteilt an Kläger den rückständigen Lohn von 2,40 Ml. sowie den zu Unrecht einbehalteten Lohn für sechs Schichten von 25,20 Ml. insgesamt 27,00 Ml. zu zahlen. Die Klage rechtfertigte sich dadurch, daß es der Betriebsführer unterlassen habe, innerhalb acht Tagen nach der Anlegung mit dem Kläger einen bestimmten Lohnsatz zu vereinbaren wie § 12 der Arbeitsordnung vorschreibt. Erst bei Empfangnahme seines Lohnbuchs erhält Kläger von der Höhe seines Lohnes Kenntnis und da sei er berechtigt gewesen, nach § 81 Absatz 4 des Berggesetzes die Arbeit sofort niederzulegen. — Bergmann Sch. klagt gegen Zeche Ewald I und II wegen fündungsloser Entlassung auf Zahlung von sechs Schichten. Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen, da festgestellt wurde, daß er sich grober Verleumdungen gegen den Betrieb beschuldigt habe.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Fiskus hilft die Preise — regulieren.

Die von der königlichen Bergwerksdirektion für Saargrubenlotto festgesetzten Richtpreise stellten sich für das zweite Halbjahr 1907 im Vergleich zu den Preisen des zweiten Halbjahrs 1906 um 1,70 Ml. bis 2,00 Ml. höher, wie folgende Tabelle ausspielt.

Preis für 1 Tonne ab Kolerai
Zweites Halbjahr
1906 1907

Großlotto über 80 Millimeter	19,60 Ml. 21,50 Ml.
Mittelotto 50/80 Millimeter	19,60 " 22,80 "
Brechotto I	19,60 " 22,80 "
Brechotto II	14,80 " 17,80 "

Einsmal steigt der Fiskus die Kohlenpreise, dann wieder die Privatbesitzer. In diesem Wettkampf sind sie sich beide gleich.

Der Belegschaftswechsel im Ruhrkohlenbezirk.

Es will trotz der Gegenmaßregeln seitens der Grubenbesitzer nicht anders werden. Der Belegschaftswechsel beweist sich fortgesetzt auf gleicher Höhe. Sicherlich ist das ein Zeichen, daß die Grubenbesitzer noch manches lernen müssen, ehe sie das richtige gegen den kostlosen Wechsel treffen. Hier nicht es wenig, ob die Werke Kolonien errichten oder Zechen vergeben usw., sondern andere Mittel sind maßgebend, wie vornehmlich Ausgleich der Löhne und gute Behandlung. Über davon wollen die Herren wenig wissen und ist es denn auch nicht mehr wie billig, wenn sie den Schaden tragen müssen. Leider kommen auch die Bergarbeiter nicht viel von diesem ständigen Wechsel, aber vorderhand ist es eines der wenigen Mittel, um sich einer bedrängten Lage auf einer Grube entziehen zu können. Die Zusammenstellung des Belegschaftswechsels im ersten Quartal 1907 ergibt folgende Zahlen:

Januar	Februar	März	I. Vierteljahr
Zugang 15.000	13.895	18.632	42.628
Abgang 11.570	11.530	16.738	39.847

Zumindest hat sich die Belegschaft im ersten Quartal 1907 um 2776 erhöht. Der Zuwachs entfällt vornehmlich auf die beiden ersten Monate, im März hingegen verloren wir ein starkes Fassen der Belegschaftsziffer, 8106 Personen nahmen ihre Papiere, wofür kein Geschäft geschaffen werden konnte, was im Frühjahr oder Sommer sich überhaupt schwieriger macht als zu anderer Zeit. Stark unter dem Belegschaftswechsel hatten u. a. folgende Werke zu leiden:

Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
Concordia	963	804	Moltke	777	669
Dannenbaum	909	806	Kaisertuhl	685	630
Deutscher Kaiser	1474	1560	Neumühl	1472	1294
Ewald	702	704	Oberhausen	976	1106
Friedrich d. Große	574	415	Schlügel u. Eisen	618	623
Blumenthal	530	630			

Auf vielen anderen Werken steht es nicht besser. Weniger durch den Wechsel wurden, wie immer, betroffen die Gruben in den südlichen Revieren des Reichsbezirks, besonders stark hingegen die nördlichen und westlichen Bezirke. Und das wird mit dem Wechsel im Ruhrbedien nicht anders werden, als bis die Wertheherren sich eines besseren besinnen in der Frage der Behandlung der Bergarbeiter.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

1800000.

Rund eine Million achtundvierzigtausend Mitglieder zählten die freien Gewerkschaften am 31. Dezember 1906. Das war also zu der Zeit, wo das „Niederreiten“, auch der freien Gewerkschaften vor sich gehen sollte. Nun, wie sich auch unsere Freunde, die Unternehmer wie die Konkurrenzgewerkschaften, bemühten, nichts hat gehofft. Stolzer denn je stehen die freien Gewerkschaften da, in diesem Jahr war der Mitgliederauswuchs ein solcher wie im Jahre 1906. Und das ist später nicht schlechter, eher noch besser geworden. Sowohl die Nachrichten über die Mitgliederauswuchs im ersten Quartal 1907 vorliegen, hat die günstige Entwicklung weiter angehalten, so daß begründete Hoffnung vorliegt, daß die zweite Million z. B. erreicht worden ist. Nicht nur der eigene Fortschritt, sondern auch die Kämpfe der freien Gewerkschaften in der letzten Zeit zeigten, wie die „Niederreiter“ elendiglich schlugen erlitten. „Der Traum ist aus, die Schleier fallen!“ Das mögen sich unsere Freunde über ihre Tore schreiben als Mahnung, daß man sich nicht zu früh das Maul voll nehmen soll.

Auf die einzelnen Industriegruppen verteilt, war das Resultat folgendes:

	am 31. Dezember.	
1. Baugewerbe	1906: 807.878	1908: 882.367
2. Metallindustrie	207.076	878.550
3. Tegularbeiter	77.803	111.582
4. Handels- und Transportgewerbe	78.108	122.511
5. Bergarbeiter	103.060	110.247
6. Werkstättenindustrie	78.403	91.278
7. Holzindustrie	140.240	170.282
8. Nahrungsmittelindustrie	72.225	88.053
9. Gastwirtschaftsgehilfen	8.008	8.800
10. Gärtner	4.017	4.580
11. Industrie der Steine und Erdien	48.880	57.840
12. Papier und Zederinstrie	40.077	47.125
13. Poligraphische Gewerbe	67.040	77.880
14. Sonstige Berufe	98.147	148.620

Summa 1.429.803 1.707.285

Die Gesamtzunahme an Mitgliedern beträgt demnach 367.982 Mitglieder. Die Zentrumsgewerkschaften wollen im gleichen Zeitraum 75.000 Mitglieder zugewonnen haben, die Kirche rund 2000. Die letzteren nennen ihren „Fortschritt“ eine respektable Leistung. Das ist sicher ein Zeichen großer Bescheidenheit. Anders stellt sich schon die Rechnung der Zentrumsgewerkschaften, die sich für gewöhnlich „christliche“ Gewerkschaften nennen. Im Jahre 1905 wönnen sie rund 80.000 Mitglieder und im Jahre 1908 fast die gleiche Zahl gewonnen haben. Das „Reich“ hingegen berichtet für diese beiden Jahre einen Mitgliederzuwachs der sog. „christlichen“ Gewerkschaften von rund 120.000 Mitgliedern. Doch waren wir die Endrechnung ab. Wir haben schon zu lustige Erfahrungen mit den Feststellungen der Mitgliederzahlen in den Zentrumsgewerkschaften gemacht. Wie dem nun auch ist, die Tatsache besteht, trotz der gewaltigsten Anstrengungen und trotz der besten Protektionen und trotz der schmutzigsten Kampfweise haben es die Zentrumsgewerkschaften in den 18 Jahren ihres Bestehens noch nicht auf eine solche Zahl von Mitgliedern gebracht, wie sie die freien Gewerkschaften in einem einzigen Jahre gewonnen. Das spricht für die Werksamkeit der freien Gewerkschaften mehr als alles andere. Die „Niederreiter“ aber mögen sich an den hier angeführten Zahlen erbauen und sie mögen fernher blicken, daß ihnen solche „Siege“, wie sie sie über die freien Gewerkschaften erschienen, erspart bleiben.

Bohlfott der Zentrumsgewerkvereine.

Als von Zentrumsgewerken vor mehr denn einem Jahrzehnt den Arbeitern die „Notwendigkeit“, sich „christlich-gewerkschaftlich“ zu organisieren, eingedrängt wurde, war ein Haupttrumpf die Versicherung, wenn die Arbeiter sich „nicht sozialdemokatisch“ vereinigten, würden die Unternehmer entgegenkommen und gern mit den „ordnungsliebenden“ Organisationen verhandeln. Schnell fiel ein Rief in diese Fühlungsnot, sinnieren die gerissenen Zentrumsgewerken, es liefe sich eine Arbeiterorganisation mit Predigten über „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ und gegen den „Umsturz“ dauernd in der „Ordnungsbahn“ halten. Im Grunde genommen sind die Zentrumsmacher so den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter durchaus feindselig gestellt, wofür inzwischen auch die Zentrumsgewerkschaften zu Gründung gelber Gewerkschaften gemacht. Heute schreiten die Unternehmer zur Gründung gelber Gewerkschaften, weil die Zentrumsgewerkschaften, gegen den Willen ihrer Väter, nicht hielten, was man sich versprach. Nun mehr ist die Geschichte schon so weit geblieben, daß die „nationalen“ Unternehmer einen förmlichen Boykott auch über die „christlich-nationalen“ Gewerkvereine verhängen und Preisen in vierter an die „Antikristlichen“. Darüber weiß die „Kölner Volkszeitung“ zu berichten:

„Die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter versuchen neuerdings manche Unternehmer durch eine Art Prämierung der nichtgewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu hintergehen. Der Deutsche Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiter-Verein, will einige interessante Fälle dieser Art mit. Eine Fabrikleitung in Ebdeshem ließ durch Anschlag ihren Arbeitern folgendes bekannt geben:

„Veranlaßt durch die Bestrebungen des Zentralverbandes christlicher Metallarbeiter erklären wir hiermit, daß wir jede in der Organisation nicht beizutretende Arbeiter bei einer Ausbruch eines Streits, auch für den Fall er nicht von uns beschäftigt werden kann, den vollen seither bezogenen Lohn auszahlt, was wir jedem einzelnen Arbeiter auch auf Wunsch schriftlich bestätigen werden. Ebdeshemmer Emalierwert. Orth und Thomas. Ebdeshem, 27. April 1907.“

Nicht ganz so hoch wird das Koalitionsrecht der Arbeiter von der Leitung der Köhlingischen Werke in Völklingen eingeschätzt. In diesem Betrieb wurde folgende Bekanntmachung erlassen:

„Köhlingische Eisen und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Völklingen. Jedes Mitglied des Hüttenarbeitervereins Völklingen empfängt als Gratifikation der Köhlingischen Eisen- und Stahlwerke für das Jahr 1907 20 Ml., morüber durch Unterstiftung quittiert wird. Gleichzeitig bestätigt das Mitglied, von den in der Gewerkschaftsversammlung vom 3. März 1907 beschlossenen Statutenänderungen Kenntnis genommen zu haben. Der Unterzeichnete erkennt ausdrücklich an, daß er irgendeinen Gewerkschaften oder sonstigen Berufsvereinen weder zurzeit angehört, noch in Zukunft angehören wird.“

Dem Arbeiter für den Bericht auf das gefestigt gewährleistete Koalitionsrecht 20 Ml. anzubieten, dazu gehört schon etwas mehr als soziale Rückständigkeit.“

Zentrumsgewerkschaften im Kampf mit ultramontanen Unternehmern.

Dass die Zentrumsgewerkschaften gerade ihre schlimmsten Erfahrungen mit den Zentrumsgewerken gemacht haben, ist längstens bekannt, aber ebenso bekannt ist es, daß die Zentrumsgewerkschaften aus diesen Kämpfen bisher so gut wie gar nichts gelernt haben, denn sonst hätten die Fäden, die beide Zentrumsgewerkschaften und Zentrumsgewerke nach vielerlei Seiten hin zusammenknüpfen, längst zerschnitten werden müssen, das geschieht nicht und darum hat man es im Unternehmenslager nicht nötig, den Zentrumsgewerkschaften freiwillig auch nur die geringsten Konzessionen zu machen. Die frömmen Herren bleiben der „christlichen“ Erziehung durch die Arbeiter völlig unzwinglich. Kommen die Zentrumsgewerkschaften her und glauben im Namen der christlichen Moral wie im Namen der Religion überhaupt ihre positiven Forderungen an die frömmen Unternehmer stellen zu müssen, dann machen sie aber die Erfahrung, daß die Herren von jenen Grundfächern der Religion und Moral nichts wissen wollen. Mehr noch. Die Unternehmer betrachten positive Forderungen der christlichen Arbeiter für unmoralisch und antireligiös und lehnen im Namen der Religion und der Moral die bestreitbaren Forderungen zurück. Das ist die Moral mit doppelter Buchführung, die den christlichen Zentrumsgewerkschaften schon oft Kopfschmerzen verursacht hat. Und das wird wieder so sein. Im frömmen katholischen Magen müssen natürlich die Zentrumsgewerkschaften erleben, wie sich die ultramontane Stadtvertretung an der schlimmsten Verurteilung der christlichen Bauarbeiter beteiligte. Alle Vorstellungen christlicher Gewerkschaftsführer bei der Stadtverwaltung hassen nichts, es blieb dabei, daß infolge von „Schwarzen Listen“ christliche Bauarbeiter von den städtischen Arbeiten zurückgewiesen wurden. So ist es jetzt geblieben. Aber weiter: Seit längerer Zeit gärt es unter den Arbeitern in der Nähe der holländischen Grenze. Bald hier, bald dort brechen fortwährend Bauarbeitsungen aus. Erfolgs hatten bis jetzt nur die Bauarbeiter in Ennepetal und Bochum, zum Teil aus dem Grunde, weil dabei die freien Gewerkschaften mit in Betracht kamen. während sonst nur die christlichen Organisationen beteiligt sind. Seit einiger Zeit ist nun auch ein Lohnkampf im bekannten Wallfahrtswinkel Keverlar entbrannt. Es handelt sich dabei, wie in Völklingen, um die christlichen Bauarbeiter. Die von den Streitenden gestellten Forderungen sind minimal: 10% stündige Arbeitszeit, ein Stundenlohn von 42 Pfennig für die Maurer und 32 Pfennig für Hilfsarbeiter. Die frömmen Unternehmer reden zwar den Wünschen ihrer Arbeiter nicht nach, verstanden es aber, die Bürgerschaft gegen die Streitenden aufzuhetzen, indem sie die Zuständigen dafür verantwortlich machen, daß der Neubau eines großen Pilgerheims nicht zeitig genug

für die diesjährige Wallfahrt fertig gestellt wurde. Von Unternehmen im Bunde mit den Geschäftsräten ist es irgendwie gelungen, aus dem nahen Holland Streikbrecher heranzuziehen, die seitdem von der polizei horgemacht und bewacht werden. In der Nacht vom 2. auf den 3. Juni sind nun an allen Neubau des Pilgerheims die Streikbrecher aneinander gestossen. Sobald eine Katastrophe erfolgen mußte. Durch Einsatz wurde die Sachen noch rechtzeitig entdeckt. Der Tat verdächtig sind zwei Streikende, ebenso der christliche Bauarbeiter Schwarz, der Streikbrecher, und alle drei sind bereits

Ausspruch: „Die Taktik des Lodzer Fabrikantenverbundes hat die Hoffnungen der Fabrikanten nicht gerechtfertigt. Die Versicherer der Auspaltung hofften, die Abschaffung der Arbeit zu brechen. Diese Hoffnung hat sich jedoch als trügerisch erwiesen, obgleich die Auspaltung 18 Wochen angehalten hat.“ Die Verluste der Arbeiter und Fabrikanten werden durch folgende statistischen Daten ausgedrückt: Es werden im ganzen auf den ausgeperten Betrieben 28 700 Arbeiter beschäftigt. Der Wert der Jahresproduktion beträgt daselbst 84 Millionen Mark. Während der 18 Aussprachewochen hat die Produktion einen Verlust von 12 Mill., der Profit der Unternehmer ein Minus von 1 800 000 Mark aufzuweisen. Während der Aussprachewoche erhielten die Moskauer Männer Gelegenheit, sich die Abschaffung der Lodzer Fabrikanten anzusehen. Sie schließen vertraglich den daraus entstehenden Verlust mit 500 000 Mark, was der Profitaussatz der Fabrikanten bis zu 2,5 Mill. steigert. – Die Arbeiter haben während der 18 Wochen einen Lohnausfall in Höhe von 8,5 Mill. Mark zu verzeichnen. Wenn außerdem in Betracht gezogen wird, daß auch andere Betriebe unter der Aussprachewoche gelitten haben, so daß in einigen Betrieben zwangsläufig infolge dessen eine Kette aufgehoben ist, kann der Gesamverlust mit mindestens 7 Millionen Mark veranschlagt werden.

Knappshaftliches.

Knappchaftsmitglieder die Augen auf!

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, stehen den preußischen Knappenschaftsmitgliedern in den nächsten Monaten noch harte Kämpfe bevor. Das gilt besonders für die Reviere, wo die organisierte Bergarbeiterchaft immer schon um wichtige Rechte halber manchen harten Streit durchsetzen mußte oder auch den Kampf aufnahm, um schweren Belastungen und willkürlichen Entziehungen der Knappenschaftsmitglieder entgegenzuwirken. In manchen Revieren haben diese Kämpfe schon seit Jahren stattgefunden. Dann kam das Gesetz vom 19. Juni 1908, betreffend Änderung des 7. Artikels im Allgemeinen Berggesetze vom 24. Juni 1888, das eine völlige Umgestaltung der bestehenden Einrichtungen in den preußischen Knappenschaftsvereinen bedingte. Der Herausgeber des Gesetzes, die preußische Regierung, versuchte durch das neue Gesetz Arbeiter zu schaffen, durch die einem Teil der langwierigen Streitigkeiten der Boden entzogen werden sollte.

Das preußische Berggesetz, datiert vom 24. Juni 1888, hat die knappshaftlichen Bestimmungen des preußischen Knappenschaftsgesetzes vom 10. April 1884 übernommen und sie sind bis heute bestehen geblieben. Diese Verstetzung seit einem halben Jahrhundert und zwar in einer Zeitperiode, in der die deutsche Bergwerksindustrie zu jenem mächtigen Faktor wurde, die sie heute ist, mußte zu den tollsten Widerstreitungen und Ungerechtigkeiten führen. Die bisherige sozialpolitische Gesetzgebung, wie sie sich fortentwickelt und wie sie neu in die Wege gefleht wurde, räumte leider nicht mit den Widerstreitungen und veralteten Bestimmungen in den Knappenschaftsvereinen in wünschenswerter und gründlicher Weise auf. Im Gegenteil, die Dinge im Knappenschaftswesen wurden derartig, daß schließlich nur noch kundige Spezialisten sich zurechtfinden konnten. Eine Aenderung des bestehenden Zustandes mußte kommen und sie ist nicht ausgeblichen, das neue Knappenschaftsgesetz kam.

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf den Streit eingehen, der um die Umgestaltung des neuen Knappenschaftsgesetzes entbrannte. Was ließe sich auch jetzt noch ändern? Im Gegenteil. Wir glauben, die Meinungsverschiedenheiten, die sich in den Kreisen der Knappenschaftsmitglieder bisher zeigten und heute noch über das Gesetz selbst sich sogar oft in schroffster Weise äußern, sollten wir hinter anhalten, weil die Kräfte der Knappenschaftsmitglieder neuen kommen den Gefahren gegenüber sich konzentrieren müssen. Es steht Polismus um die preußischen Knappenschaftsmitglieder, wollten oder sollten sie sich nicht zur gemeinsamen Abwehr dieser Gefahren zusammenfinden, unisomöhr als die Werkscharen in den verschiedensten Knappenschaftsklassen anfangen, ein Falschspiel bösester Art zu treiben.

Am 1. Januar 1908 tritt das neue Knappenschaftsgesetz in Kraft. Falls bis dahin die Satzungen der preußischen Knappenschaftsvereine über die besonderen Kassenklassen, die nach dem Gesetz erforderlichen Veränderungen nicht erfahren haben sollten, werden diese Veränderungen durch das zuständige Oberbergamt mit rechtsverbindlicher Wirkung von Aufsichtswegen vorgenommen. Bis dahin haben wir nur noch ein halbes Jahr. Aber fast in allen preußischen Knappenschaftsvereinen wissen bis jetzt die Mitglieder noch nicht, wie sich die künftigen Knappenschaftsstatuten äußern und in welcher Weise sie gerade in den wichtigsten Fragen dem Gesetz angepaßt werden. Dieses Verhalten der Knappenschaftsvereine, in denen die Werksbesitzer und die Verwaltungen ihre dunklen Pläne schmieden, läuft auf nichts anderes hinaus, als die Knappenschaftsmitglieder zu überkämpfen, sie vor die vollendeten Tatsachen zu stellen!

In Bochumer Knappenschaftsverein sucht sich die Verwaltung schon Rechte anzueignen, die nichts weiter bedeuten, als eine Aussöhnung des Arbeitsrechts der Arbeiter in Knappenschaftssachen. Ohne daß Mitglieder wie Knappenschaftsälteste näheren Einblick haben in die Errichtung des von den preußischen Knappenschaftsvereinen angestrebten Rückversicherungsverbandes, kam die Verwaltung genannten Vereins her und verlangte die Vollmacht für den Abschluß des Verbandes. Die Arbeiter sollten die Kasse im Sac kaufen, und nur das Zusammenhalten der Altesten vermochte es, die Knappenschaftsverwaltung abfahren zu lassen. Dabei stellten sich die Herren an, als wäre es ihnen garnicht einmal um die Reform zu tun. Das mag stimmen, indem die Werksbesitzer sich ja von vornherein der Knappenschaftsreform, d. h. einer solchen, die den Bergarbeiter dienlich sein könnte, feindlich gegenüberstellten. Was die Werksbesitzer heute tun, dazu sind sie durch das Gesetz veranlaßt worden, ja es hat sogar den Anschein, als hätten die Herren ein großes Interesse daran, anderen Verlegenheiten zu bereiten — nicht nur den Arbeitern. Wie dem auch sei. Seit entgültiger Beschlussfassung über das Gesetz ist jetzt ein Jahr vergangen, die Knappenschaftsvereine haben genug Zeit gehabt, sich einzurichten, um den Mitgliedern möglichst früh die neuen Statuten vorzulegen. Warum ist das nicht geschehen? Warum verlangte man von den Knappenschaftsmitgliedern bezw. von den Leitenden Vollmacht zur Gründung von Organisationen, die tief ins Knappenschaftswesen eingreifen, für die man aber vergangsam gegeben, wie sich der Anschein gestellt hatte. Die rein theoretischen Begründungen rückt. Tatlegungen, mit denen sich Herr Höhne u. a. abquollen, können nicht überzeugen, daß die Herren nur das „Beste“ für die Knappenschaftsmitglieder im Auge haben. Wir erläutern nochmals, wie sind keine Gegen des Rückversicherungsverbandes, wollen aber die Entwürfe genau kennen lernen, auf denen der Rückversicherungsverband beruhren soll. Die Werksbesitzer, wie die Knappenschaftsverwaltungen haben bisher doch wahnsinnig wenig getan, sich eines solchen Vertrauens würdig zu zeigen, wie sie es jetzt von den Knappenschaftsmitgliedern verlangen. Ein solches Ansehen an die Knappenschaftsmitglieder wird geradezu übertrieben.

Aber nicht nur über den Rückversicherungsverband sind die Knappenschaftsmitglieder im Unklaren, sondern, wie wir schon ausführten, auch über die kommenden Veränderungen in den einzelnen Vereinen. Gewiß müssen sich die Satzungen dem Gesetz anpassen, aber höchstwahrscheinlich zu wissen, wie die Verteilung der Rechte und Pflichten der

Arbeiter und der Werksbesitzer sich ändern wird, und wie sich die Knappenschaftsvereine überhaupt finanziell aufzubauen werden. Was bis jetzt in die Öffentlichkeit sickerte, stimmt mit wenigen Ausnahmen bloße Entwürfe und zwar Entwürfe, die fortgesetzt noch Veränderungen erfahren. Sogar der führende und größte Verein, der Allgemeine Knappenschaftsverein zu Bochum, hat sich bis jetzt mit einem bloßen Entwurf begnügt. Und auch dieser Entwurf erfüllt fortgesetzt noch Veränderungen. Jede grundlegende Berechnung im Entwurf fehlt, aber darauf kommt es an. Die Mitglieder müssen doch wissen, wie weit ihre Rechte und Pflichten in finanzieller Beziehung stehen. Bloße Vergleichungen über das zukünftige Finanzgebaren stehen zu lassen genügt nicht. Dabei drängt die Zeit.

Die Knappenschaftsmitglieder in Bochumer wie in anderen Vereinen verlangen Ausklärung. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht. Warum zögern die Vereine und warum schafft man diese Aussprachewahl nicht? Wenn hier die Entwürfe den Wünschen der Knappenschaftsmitglieder nicht entsprechen, werden sie nicht Statut werden. Das können wir heute schon sagen, wenigstens für den Allgemeinen Knappenschaftsverein zu Bochum. Treibt man ein ehrliches Spiel, dann heraus aus dem Buchstaben, das ist es die höchste Zeit. Oder suchen die Verwaltung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins zu Bochum und die Werksbesitzer den Konflikt herbeizuführen. Wenn ja, werden wir nicht tatenlos dastehen. Wir werden uns bemühen, von nun an die Knappenschaftsmitglieder auf dem Laufenden zu erhalten, rufen aber den Kameraden zu, wachsam und stark zu sein. Wenn man im Bochumer Verein so fortwährt, dann ist an eine Erledigung des Statuts bis zum 1. Januar 1908 nicht zu denken, und erst recht nicht, wenn man auf die berechtigte Wünsche der Knappenschaftsmitglieder weniger Rücksicht nehmen wollte. Kameraden, Knappenschaftsmitglieder seid auf der Hut und rüstet zu den bevorstehenden Kämpfen. Sie werden uns nicht erspart bleiben!

Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins zu Bochum vom 11. Juni 1907. Vor Eingang in die Tagessordnung wurde dem Knappenschafts-Vereinsmann Frede zu Dortmund durch den Königlichen Kommissar das vom Kaiser verliehene Allgemeine Ehrenzeichen überreicht. – Die Anerkennung eines Termins zur Generalversammlung mit derselben Tagesordnung, wie für den 1. Juni anberaumt gewesen: (Anerkennung der legalen Satzungen dagegen, dem Vorstand das Recht zu geben, einen Rückversicherungsverband beitreten zu können), wurde mit den 15 Arbeitervertretern stimmen gegen die gleichen Werksvertreterstimmen abgelehnt. Satzungsgemäß kommt die Angelegenheit in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung. – Bei der Abstimmung auf Dr. Mertens, wie auch auf Dr. Möller je 15 Stimmen gefallen und war damit eine Majorität nicht vorhanden, wodurch eine nochmalige Abstimmung in der letzten Sitzung erfolgte. Die letztere ergab bei 20 Stimmen: 17 für Dr. Möller und 18 für Dr. Mertens. Wenn man dabei annimmt, daß bei der Abstimmung im Mai die Arbeitervertreterstimmen auf Dr. Mertens fielen (was nach der Zusammensetzung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann), besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde Dr. Roth in Dernau übertragen. – Auf seinen Wunsch scheidet Dr. Graef in Stolzen als Knappenschaftsbeamter aus, an dessen Stelle wurde Dr. Bildermann bestimmt. – Als Stellvertreter auf Seiten der Werksbesitzer zum Ausschluß für Einschreibung und Beschränkung wurde Bergassessor Pieper und als Stellvertreter zum Satzungsausschuß der Altesten Dinkler gewählt. – Zur Neuwahl eines Knappenschaftsältesten und Stellvertreters für den Sprengel 87 – des verstorbenen Christian in Dinslaken – wurde der 20. Juli festgesetzt. – Wegen Unfähigkeit zur weiteren Führung der Geschäfte wurde einem Altesten die Weiterleitung des Vorstandes ganz gut angenommen werden kann, besonders auch da von den beiden Interessenten und der Knappenschaftsverwaltung Dr. Möller befürwortet war) so ergibt sich, daß zwei Arbeitervertreter ihre erstmalige Abstimmung revidiert haben und zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die zwei Personen, welche zum zweiten Male für Dr. Möller stimmen, nicht unter den Verbandsältesten zu suchen sind. – Der bisher inaugurierte Kurzbeamte Dr. Möller wurde

Ob diese unsinnige und gefährliche Forderung darauf zurückzuführen ist, daß die Fördermaschinen bis zu 88 und mehr Schichten im Monat verfahren und darum nicht mehr in der Lage sind, die Maschine vernünftig zu steuern? Ein großer Verstand ist auch, daß bei der elektrischen Streckenförderung in der Grube zu wenig Räume für die Arbeiter vorhanden sind. Die Betreffenden müssen sich in den Wagen in unbehagter Stellung zusammenkauern und wenn die Wagen nach oder schräg sind, wird ihre Stellung dadurch nur unerträglich. Wie leicht kann es da nicht vorkommen, daß ein Arbeiter mit dem über dem Wagen an der First entlang laufenden elektrischen Draht in Berührung kommt und sein Leben einbüßt. Auch in Bezug der Löhne bleibt viel zu wünschen übrig, besonders ist darin eine große Unregelmäßigkeit zu verzeichnen. Es gibt ja Arbeiter, die 8 Mark und noch darüber verdienen, aber viele andere auch 1. or 2. Mark. Die Schuld liegt aber nicht an den Arbeitern, sondern an dem schlechten unregelmäßigen Gedinge. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß Besserung geschieht.

Zeche Prosper II. Das Förderquantum an Kohlen wird jede Schicht auf einer Tafel am Schachte verzeichnet, damit jeder Arbeiter sich darüber orientieren kann, wieviel Wagen er gefördert hat und wieviel noch zurück sind. Ein Arbeiter, dessen Lohn nicht stimmt, beschwert sich bei Steiger B. und wird dabei auf das an der Tafel verzeichnet gewesene Förderquantum hin, das er seiner Berechnung zu Grunde gelegt hatte. Steiger B. erwiderte hierauf, diese Tafel sei gar nicht maßgebend! Ja, aber was ist denn maßgebend? Wie soll der Arbeiter dann kontrollieren, obviel er gefördert und ob ihm kein Wagen weggekommen ist? Vielleicht gibt uns Steiger B. auf diese Fragen Auskunft? Auch die Brausen in der Waschstube lassen zu wünschen übrig. An vielen derselben fehlen die Siebe und das Wasser läuft in einem dicken Strahl herunter. Hoffentlich sieht man sich durch diese Zeilen veranlaßt, Besserung zu schaffen.

Zeche Scharenhorst. Die Verwaltung dieser Zeche müssen wir seit geraumer Zeit wieder einmal auf verschobene, auf der Zeche vorhandenen Zustände aufmerksam machen und um Befestigung derselben ersuchen. Hier ist eine so große Unordnung während der Seifahrt, besonders des Mittags, die kaum zu beschreiben ist. Die Fahrmärsche werden ungeschickt, wer zuerst oder anletzt auf den Korb geht, auf einen Draht gedrückt und so kommt es, daß die, die zuletzt auf den Korb gehen, beim Schichtwechsel zuerst verlesen werden. Ein Korb voll Freilaufende steht bereits vor dem Schacht resp. Keller aufgeplastzt (ein Drittel der Belegschaft gibt nämlich keine Marken ab) und so gibt es ein wildes Gedränge, jeder will zuerst auf den Korb und es ist tatsächlich zu bewundern, daß bei dieser Gelegenheit noch keiner in den Korb gestiegen ist. Auch über große Unregelmäßigkeiten bei der Seifahrt wird lebhafte Klage geführt. Durch Aufschlag ist bekannt gegeben, daß die Seifahrt morgens von 5½—6 Uhr und nachmittags von 2—2½ Uhr stattfinden soll. In Wirklichkeit aber beginnt die Seifahrt morgens in der Regel schon fünf Minuten vor der Zeit und mittags dauert es gewöhnlich auch zehn Minuten und darüber länger. Die Arbeiter haben dadurch einschließlich der Seifahrt keine 8½, sondern 8½ Stunden Schicht. Auch bitten wir ein größeres Augenmerk auf die Waschstube zu richten, welches sich besonders des Morgens in einem unsauberen Zustand befindet. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß derartige Zustände beseitigt werden.

Zeche Siebenplaneten. Auf dieser Zeche ist in letzter Zeit der sogenannte Bilderverlust (schwarzes Brett) zu klein geworden, sodaß die Strafzettel nicht mehr neben — sondern übereinander gehängt werden müssen, was man früher gar nicht konnte. Auch bekommen die Arbeiter keine Pauschalen mehr, wie bisher, sondern Förderdokumente, wie sie aus der Förderung kommen. Das wäre an und für sich nicht schlimm, wenn Bruder Bergmann dabei nicht immer die schlechtesten Wagen erhielt. Es scheint das ja nur Zufall zu sein, wenigstens sagen wir keine Absicht dabei voraus, aber der Preis für diese Kohlen von 3,75 M. ist für die Bergarbeiter, die doch die Deputationspreise zum Selbstkostenpreis erhalten sollen, viel zu hoch. Die Zeche scheint auch in letzter Zeit ein Laubenschlag geworden zu sein, denn man kennt die Belegschaft bald nicht mehr wieder. Daurende Besserung dieser Zustände wird aber nur eintreten, wenn die Bergarbeiter sich organisieren und so ihren Wünschen Nachdruck verleihen können.

Zeche Wondern. Auf dieser als Laubenschlag bekannten Zeche gibt es Nebenzüände in Hülle und Fülle. Viele Fahrtröhre in den verschiedenen Steigerreihen sind in sehr schlechten und gefährlichen Zustand. Bisher fuhren die Arbeiter der Nachschicht auf dem neuen Schacht ein bis zu 411 Meter-Sohle und von dort durch den alten Schacht mit der Förderung nach der 500 Meter-Sohle. Seit einiger Zeit ist dies nun verboten und sollen die Arbeiter von der 411 bis zur 500 Meter-Sohle einen Fahrstuhlhafen als Fahrweg benutzen, welches sich in sehr schlechter Verfassung befindet. Allerdings weigerten sich nun die Arbeiter, diesen elenden Fahrweg zu benutzen und warteten am alten Schacht, um dort mit der Förderung herunterzufahren. Dafür wollte man ihnen eine achteckige Schicht in Abzug bringen, worüber die Leute so erheitert wurden, daß sie sämtlich wieder ausführen. Wir verstehen nicht, wie nun den Arbeitern zunutzen kann, einen Fahrweg zu benutzen, der sich in so schlechter Verfassung befindet. Hoffentlich sieht sich die Verwaltung durch diese Zeilen veranlaßt, Remedium zu schaffen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Reserve (Eichendorff). Verschiedentlich haben wir in unserer Zeitung darauf hingewiesen, daß auf Grube Reserve die niedrigsten Löhne des hiesigen Bezirks bezahlt werden. Dies hat zur Folge, daß viele junge Arbeiter sich auswärts besser entlohnte Arbeit suchen. Der Eichendorff-Bergwerksverein erhebt vielfach Klagen über Beuteermangel. Würde die Werksverwaltung dazu übergehen und besser Löhne zahlen, so würde der Beuteermangel bald gehoben sein. Hierzu scheint aber kein guter Will vorhanden zu sein, vielmehr scheint bei gewissen Beamten die Angst vorzuherrschen, daß der einzelne Arbeiter noch mehr schaffen soll. Wie uns z. B. mitgeteilt wurde, kam vor kurzem der Betriebsführer zu einem Unterbeamten und beklagte sich, daß die oberirdische Arbeiter zu wenig leisteten. Der Unterbeamte nahm seine Arbeiter in Schutz und sagte zum Betriebsführer, er solle berücksichtigen, daß es meist befahrene Arbeiter wären. Er war, soll die Antwort gelautet haben, einen Knottentod sollten Sie nehmen und drunter haufen! Ein Kommentar zu derartigen „gebildeten“ Redensarten ist wohl nicht notwendig, dieselben richten sich selbst. Was uns unbegreiflich erscheint, ist, daß ein großer Teil der Arbeiter in der heutigen Zeit glaubt, ohne Arbeiterorganisation auskommen zu können. Die Lohnverhältnisse sowie auch die Behandlung der Arbeiter wären jedenfalls ganz andere, wenn die Werksverwaltung wüßte, daß sie es mit einer geschlossenen organisierten Arbeiterchaft zu tun hätte. Jetzt sagen sich die Herren Grubenbarone, die Arbeiter wollen's ja nicht anders, sonst würden sie schon ihrer Berufsorganisation, dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands, beitreten.

Burmrevier. In den Zentrumsversammlungen und besonders in der Wahltagung wird den Arbeitern das Unfallgesetz als eine Wollstätte gepräsentiert. Die Leute, die sich gegen das Unfallgesetz in seiner jetzigen Form ausgesprochen haben, werden als Arbeiterverräte oder dergleichen hingestellt. Die Arbeiter, die bei der Arbeit zum Krüppel werden und mit der Knapschaftsberufsgenossenschaft in Berührung kommen, lernen recht bald die Wohlstaten, die es so sehr geprägten Gesetzes seien. Wir wollen ein Beispiel aus der sehr freimaurerischen Gegenwart anführen: Der Bergmann J. erlitt im September 1903 einen schweren Unfall, wodurch derselbe vollständig zum Krüppel geworden ist. Die Bruchstelle des linken Schenkels ist mit einem falschen Gelenk verheilt. Ohne Stützmaschine und Stock kann J. sich heute noch nicht im Zimmer von einem Stuhl zum andern begeben. Bis September 1903 bezog J. die Wollstätte, wurde aber ausdann auf 80 Prog. heruntergesetzt, indem eine Vergleichskommission derselben aus Dr. Quadflieg und Dr. Spörk erklärt hatten, daß J. imstande sei, mittels eines Stuhles gehen zu können und leichte Arbeit zu verrichten. Das Schiedsgericht für Arbeiterbeschaffung zu Aachen, sowie auch das Reichsgerichtsgericht bestätigte diese Ententscheidung. Jeder der den J. persönlich kennt, muß es für unerhört bezeichnen, daß ein solch armer Krüppel für teilweise arbeitsfähig erklärt wird. Ein Mann, der sich nur mit steiniger Hilfe aus dem Bett in den Lehnsstuhl schleppen kann und umgekehrt! Will er mal heraus in die frische Luft, so kann dies nur mit Hilfe der Stützmaschine und menschlicher Führung geschehen. Als die Sache vor dem Reichsgerichtsgericht zur Verhandlung stand, sandten die Nachbarn des J. dessen Vertreter folgendes Schreiben, welches auch vom Bürgermeister unterzeichnet war.

Unterzeichnete Einwohner von B. und Nachbarn des Berginvaliden A. J. bezeichnen hiermit, daß A. J. nicht imstande ist, längere Zeit in stehender Stellung zu verbleiben, sondern gezwungen ist, wenn er einige Stunden im Lehnsstuhl zugebracht, sich längere Zeit im Bett auszuruhen. Das Gehn ist J. so beschwerlich, daß er selbst mit Stuhl und Stützmaschine ohne menschliche Hilfe sich nicht auf die

Strecke begeben kann. Ferner bestcheinigen wir, daß in B. überhaupt nicht die geringste Haushaltstrie betrieben wird, soweit nicht gelehrte Handwerker in Betracht kommen. Wenn aber auch solche — Hausarbeit — möglich zu haben sei, so ist — nach unserer persönlichen Überzeugung — J. nicht imstande auch nur die geringste Beschäftigung wegen seines Zustandes auszuführen."

Trotz dieses einwandfreien Beurtheil des Nachbarn und des Bürgermeisters, die den Zustand des J. durch jahrelanges persönliches Beobachten genug kennen, wird der arme Krüppel für teilweise arbeitsfähig erklärt. Die Herren Knapschaftsräte hatten ein dahingehendes Gutachten abgegeben, dies genügte! Wie die Gutachten der Beratungsärzte der Knapschaftsberufsgenossenschaft manchmal aussaßen, daß ein kräftr. Beispiel: Der erwähnte Bergmannskrüppel ist sowohl vor dem Unfälle als auch nach demselben, stets ein starker Gegner des Altkoal's gewesen. Viele frühere Mitarbeiter, Nachbarn, Wirts usw. haben uns besagt, ob sie J. jemals in einem angetrunkenen Zustande gesehen hätten. Alle stellen J. das Beurtheil aus und kann es auch vor Gericht eidlich bewiesen werden, daß J. niemals ein Trinker war. Schreiber dieser Zeilen kennt J. schon Jahrzehnt ist vielfach in seiner Wohnung gewesen, hat aber niemals gesehen, daß J. Schnaps oder Bier getrunken — Wein sicher nicht, denn davon fehlten die Mittel ganz besonders — wie notwendig zur Kraftigung auch manchmal eine Flasche gewesen wäre. Wir wissen daß J. niemals ein Trinker war, trotzdem finden wir in einem Gutachten des Herren Dr. Quadflieg, leitender Arzt am Knapschaftskrankenhaus zu Barbenberg vom 16. Januar 1903 folgende Stelle:

"Ich muß endlich noch bemerkeln, daß ich den p. J. der einen sehr starken Trinker (Potator) halte."

Alle Achtung vor der Praxis des Herren Dr. Quadflieg, wie wissen, daß er dieses zum Wohle der Menschheit tut — aber das Gutachten über J. entspricht nicht den Tatsachen. Dafür vor Gericht den Beweis anzutreten, sind wir zu jederzeit bereit. Wir sind der Meinung, daß dieses Gutachten dazu beigetragen hat, daß das Schiedsgericht und das Reichsversicherungsamt die Berufung und Rechts des J. verworfen haben. Nur dieses Gutachten trägt unseres Erachtens die Schuld, daß ein armer Familienvater, der sein Brot nicht mehr verdienen kann und eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, in noch mehr Not und Elend gestürzt wird. Hoffentlich orientiert Dr. Dr. Quadflieg sich für die Zukunft besser, bevor er einem Menschen, der in seinem Leben niemals betrunknen war, ein solches Gutachten aussetzt. Wir hoffen auch, daß Herr Dr. Quadflieg, leitender Arzt am Knapschaftskrankenhaus zu Barbenberg gegen J. zurücknimmt und seinen Fehler dadurch gutmachen sucht, daß er J. zu seinem Rechte verhilft.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Senkels Braunkohlenwerk. Am Donnerstag nach kam hier der Hauer Nowka schwer zu Schaden. Durch herabstürzende Kohlen wurde er zusammengestoßen und mußte in seine Wohnung transportiert werden. Wie überall, so fehlte auch hier eine Tragbahre; auf einer Fahrt oder später wurde Nowka in seine Behausung transportiert. Bei den riesigen Überschüssen, die die Grubenanstalten abwerfen, wäre es dem Besitzer leicht, für geeignete Transportmittel zu sorgen, damit nicht die Arbeiter oftmals wie ein Stiel Vieh transportiert würden. Krankenwagen, Tragbahnen u. dergl. sind notwendiger als Autos.

Grube Neurostollen (Gutenberg). Am Dienstag seines Berufes verunglückte hier der Pumpenwärter Richter aus Hörlitz am Sonnabend tödlich.

Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt, vermutlich ist Richter dem elektrischen Schalter zu nahe gekommen und durch den Strom getötet worden.

Es ist der zweite Unglücksfall, welcher kurz hintereinander auf derselben Grube und auf dieselbe Weise sich ereignet. Die Schuvorrichtungen und Isolierung der Leitungsbretter muß doch auf das peinlichste ausgeführt sein, dies scheint aber hier nicht der Fall zu sein, denn sonst könnten sich derartige schwere Unglücksfälle nicht ereignen. Bezeichnend ist es, daß bei beiden Unglücksfällen an den betreffenden Stellen, ehe die Aufsichtsbehörde die Unglücksstellen besichtigt hat, Abänderungen getroffen wurden. Wahrscheinlich deckt man den Brummen zu, wenn das Kind hineingefallen ist. Durch derartig vorgenommene Abänderungen werden vielfach die wahren Ursachen verdeckt und gewöhnlich trifft dann die meiste Schuld den Arbeiter wegen seiner Unvorsichtigkeit. Nach dem Gesetz muß erst die Festigung der Unglücksstellen erfolgen, ehe Abänderungen oder Verbesserungen vorgenommen werden dürfen. Auch hier, wo Richter verunglückte, sollen nachts die Leitungsbretter isoliert werden, nur will die Direktion keinen Auftrag erteilt haben, die Arbeiter hätten es ohne Auftrag ausgeführt! Allm. Vermuten nach nimmt man es hier auf verschiedenen Werken mit den Verhüttungsvorschriften nicht so genau, denn sonst könnten nicht so viele Unglücksfälle passieren — Hierbei wollen wir nochmals auf den Unglücksfall, der sich am 24. Januar auf der Werkstatt der Grube Ernst ereignete, zurückkommen. Es ist uns von den dort beschäftigten Arbeitern mitgeteilt worden, daß es den Beamten bekannt war, daß das Feuer im Elevator schon längere Zeit brannte; es ist aber weiter gewusst worden, bis sich am Nachmittag die verhängnisvolle Explosion ereignete, wobei Menschenleben zu Grunde gingen. Es ist noch nichts bekannt geworden, daß die Schulden zur Rechenschaft gezogen werden sind. Hier wäre es dringend nötig, daß seitens der Staatsanwaltschaft, zur Verhüttung der Arbeiter, die Ursache der Explosion genau festgestellt und die Schuldigen bestraft würden. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, eine genaue Untersuchung zu veranlassen, damit die Schulden zur Rechenschaft gezogen werden.

Königreich Sachsen.

Bugau-Oelsnitz. Die Kaisergrube dürkt nach Ruhm. Seit einiger Zeit versucht man hier die Schichtzeit der Belegschaft auf indirektem Wege zu verlängern. Schon kurze Zeit nach dem Streit 1889 wurde dasselbe Spiel angewandt, um es aber bald darauf wieder fallen zu lassen, weil es eben praktisch nicht mehr durchführbar war. Jetzt verlangt man von den Arbeitern, daß sie die Arbeitszeit volle acht Stunden vor Ort zuverbringen sollen. Wer mit dem leichten Gerät einfahrt und weit bis zu seiner Arbeitsstelle zu fahren hat, soll, wenn die Arbeit vor Ort um 1½ Uhr oder noch später beginnt, auch nachmittags bis 4½ Uhr vor Ort arbeiten. Diese Anordnung, wie sie von einzelnen Beamten gemacht worden ist, ist unsinnig. Die Arbeitsordnung spricht nicht von einer achtfündigen Arbeitszeit, sondern von einer solchen Schichtzeit. Die Schichtzeit beginnt, wenn es heißt exklusive Ein- und Aussicht acht Stunden von dem Augenblick ab, wo der Bergmann das Gerät verläßt und endet da, wo die Aussicht beginnt. Heute schon müssen die Arbeiter ¼ Stunde zugezogen, weil sie anstatt um 6 Uhr ¾ Uhr schon einfahren, das Ausfahren aber erst um 2 Uhr beginnt. Es würde auch zu einer ganzen Reihe von Unzuträglichkeiten führen, wenn die Verdingung der Arbeitszeit sich nach dem Anfang derselben vor Ort richtet sollte. Das Ausfahren würde in einzelnen Fällen, in der Frühschicht zum Beispiel bis 1½ Uhr dauern. Wenn dann die Förderleute vor dem ablösenden Drittel schon längst wieder arbeiten, müssen dann die spät ausfahrenden Mannschaften die Strecken passieren und kann es da sehr leicht zu Unglücksfällen kommen. Ist es doch vorgekommen, daß von der Mittagsstrecke abends ½ 12 Uhr noch Leute ausfahren wollten und den Obersteiger im Bett antelephoniert. Zu solchen unlösamen Vorkonflikten kann es kommen, wenn man Anordnungen trifft, die sich wohl bei manchen Leuten ganz schön ausmalen, aber in Wirklichkeit eine Praxis vertreten, welche nicht als Fortschritt bezeichnet werden kann. Wenn nun Beamte, wie Herr Obersteiger Kolb, meinen, es müsse den Leuten beigebracht werden, so sind das ja Worte, wie man sie von diesen Herren nicht anders gehört hat. Es ist ja nicht unsere Schuld, wenn manche Leute in den Glauben versetzen, daß auf der einen Seite nur Engel und auf der anderen die leibhaften Teufel sind. Wir sind nicht so beschäftigt, um zu behaupten, Anordnungen, welche den Arbeitern nicht angenehm sind, kurzerhand als Schlechtigkeit zu bezeichnen, wie man es auf der anderen Seite den Arbeitern gegenüber getan hat. Was sollen denn diese verfeindeten Drohungen von Beamten sagen; es wird nicht früher anders, bis wieder einmal ein paar gequält sind. Ist man denn wirklich zum Kind geworden, um nachzupläppern, was andere vorsagen? Und wenn man hundertmal mit „Hupfen“ lassen droht, oder wer weiß, wie oft zum Radi läuft, daß was im Interesse der Arbeiter gefragt werden muss, wird immer und immer wieder gefragt werden. Wir könnten denjenigen Herren ein ganz anderes Gebiet ihrer Tätigkeit anweisen, um es „anders“ werden zu lassen. Beinerken möchten wir noch, daß es sehr zu empfehlen wäre, die Messung der Temperatur vor den einzelnen Oertern in Gegenwart des Ortsältesten vorzunehmen und letzteren Gelegenheit zu geben, sich überzeugen zu können.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube König (Königsstütte). Königliche Anordnung herrscht auf der hiesigen fiskalischen Grube. Der Weiterzug ist derart schwach und ungünstig, daß die Arbeiter nicht einmal imstande sind, die laufenden Strecken zu verläppern. Wenn Herr Landtagsabgeordneter Dr. Böhl

gefragt wäre, hier auch nur einige Schichten zu versetzen, würde er zu einer anderen Meinung kommen und die Bergarbeiter nicht mehr als Bauarbeiter und Bummelanten bezeichnen. Es ist einfach eine Schmach, daß dieser Herr, auch auch nur ansonsten die Verhältnisse im Landtage vor aller Welt in einer so brutalen Weise beschimpft und heruntergezerrt sucht. Jedenfalls ist das aus die Denkmale in den Kreisen des Herrn Volk ein recht bezeichnendes Licht. Nicht genug, daß die Arbeiter unter den schlechten Wetterführung schwer zu leiden haben, fehlt es auch noch an Trinkwasser vor der Arbeit. Auch haben die Arbeiter über steten Wassermangel zu klagen. Bauholz müssen sich die Hauer hunderte Meter weit durch allerhand niedrige und schlechte Strecken hebstschleppen, ohne daß sie dafür irgend eine Vergütung erhalten. Das Gedinge steht außerdem schlecht, siddak, sodak die Leute unter Anspannung aller Kräfte bis zum Umsturz arbeiten müssen. Von den Beamten werden sie aber trotzdem noch in jeder möglichen Weise diskreditiert. Die Strecken sollen völlig gleichmäßig aufgesägt werden und haben die Beamten ein besonderes Streckenmaß, womit die Strecken ausgemessen werden. Wehe, wenn sich herausstellt, daß ein Holz einmal um Haarsbreite aus der Richtung steht, unbarschig segt es Grafen von 2 Mark und noch darüber. Man soll den Arbeitern ein Gedinge geben, daß sie Stühle höben und eventuell noch polieren können, aber bei dem erbärmlichen Gedinge sind die Anforderungen, die seitens der Beamten gestellt werden, einfach ein unerhörter Stand. Wenn die Herren gehobelt und poliert haben wollen, sollen sie es auch begehren, dann kann es den Arbeitern gleich sein. Aber wie die Verhältnisse liegen, sind die Anforderungen dieser Herren ein Verbrechen am Volkswohl. Wie lange noch wollen sich die Arbeiter solche Rüstungen gefallen lassen?

Kattowitz. Ein Kriegervereinler als Denunziant. Vor

kurzer Zeit wurde ein Zimmerhauer zum Bureau bestellt und dort einem Verhöre unterworfen, weil ein Arbeitsrat (Mitglied des Kriegervereins) ihn denunziert hatte, daß er für den Verband und überhaupt für die Sozialdemokratie (für den Kriegerverein ist gestattet) bei der Arbeit agitierte. Bei der Vernehmung auch der anderen Mitarbeiter stellte sich nun heraus, daß der Kriegervereinler diesen Kameraden aus Nachdruck denunziert hatte, weil der Zimmerhauer Meister ihm, dem „Krieger“, eine halbe Schicht, die dieser geschafft, nicht bezahlt. Stattdessen sich der Organisation anzuschließen und dafür einzutreten, daß bessere Löhne gezahlt werden, betreibt dieser Patriot außerhalb der Zeche noch allerhand Nebenbeschäftigung, um sein Einkommen zu vermehren, auf der Zeche kann er aber dann seine Arbeit nicht leisten, dort will er nur schlafen, und wenn die übrigen Arbeiter nicht für ihn mitarbeiten wollen, werden sie denunziert. Ein Gel müss einen jeden aufständigen Menschen diesem Schnuppern gegenüber überkommen. Ein Arbeiter, der sein Fach versteht und seine Pflicht tut, kann nicht daran speicheln werden; dessen Platz ist aber auch nicht im Kriegerverein. Wer nun glaubt, dieser Krieger würde für seine mehr als schändige Handlungswweise entlassen, ist im Irrtum; solch schändlich und vor allen Dingen staatsfeindliche Elemente kann man in Überschüssen gut gebrauchen. Gewahrsame wird nach dem Ergebnis des Verhörs wohl der denunzierte Arbeiter, der sich, als von Seiten des Grubeninspectors die Gewissensfrage an ihn gestellt wurde, freiwillig als Sozialdemokrat bekannte, aber entschieden bestreit, in der Grube irgend welche Agitation betrieben zu haben, was auch von seinen übrigen Mitarbeitern bestätigt wurde. Kriegervereinler als Denunzianten ist nicht neu, wie haben das schon vielfach erlebt und sie sind einander auch wert: Unternehmer, Kriegervereinler und gelbe Gewerkschaften. Wann wird einmal die Gewerkschaft zur Einsicht kommen?

Süddeutschland und Reichslande.

Saars und Moselgruben, Merlenbach, Schacht V. Wer die Humanität unserer Grubenbesitzer einmal näher kennen lernen will, muß der Kolonie der hiesigen Zeche einen Besuch abstatzen. In 50 Doppelhäusern wohnen dort verschiedene hundert Menschen, denen nicht einmal reines und gutes Trinkwasser geliefert wird. Das Wasser, welches von den Bewohnern dieser Kolonie benutzt werden muß, wird aus der Grube gepumpt und draußen zum Gebrauch gereinigt. Wer aber die Verhältnisse kennt, weiß, daß es unmöglich ist, Grubenwasser so zu reinigen, damit es für Menschen zu genießen ist. Tatsächlich hat nun dieses Wasser nicht nur einen schwindigen, widerigeren Geschmack sondern auch eine schmutzige ekelhafte Färbung. Hier müßte die Behörde unbedingt eingreifen und Remodus schaffen, denn wie leicht kann durch dieses Wasser irgend eine Epidemie erzeugt werden mit nicht zu übersehenden Folgen. Die Zeche soll auch der Gemeinde dieses Schnuppern angeboten, diese aber dankend abgelehnt haben. Wir fragen darum, sind Arbeiter keine Menschen, daß man ihnen derartiges bieten darf und die Behörde dabei anscheinend ruhig zuseht? Die Arbeiter können sich aber nur dann Achtung und Anerkennung verschaffen, wenn sie sich ihrer Organisation anschließen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Armer Breidebach!

Arbeiterausschüsse im preußischen Bergbau sind, verdienstvolles Praktizieren anzuhängen. Da die Arbeiterausschüsse erzielten, gab es Bechenverwaltungen, die frei gewählten Arbeiterkommissionen ebenso viel Rechte einräumten wie denjenigen „gesetzlichen“ Ausschüssen. Wenn also wirklich einige Ausschüsse — unter mehreren hundert! — dies oder das erzielten so beweist es garnichts für die Güte des Gesetzes, worauf es aussieht kommt. Sie erhebt nicht einmal Anklagen gegen die Ausschussmitglieder, sondern konstatiert zur Entschuldigung ihrer Erfolglosigkeit daß sie keine Macht haben. Das ist nun freilich für die Bergknappenstrategen ein sehr wunder Punkt, war es doch die Partei des „Bergknappen“, das Zentrum, welches in der Landestagsskommission gegen das Recht der Ausschüsse, auch bei Lohnfragen mitzuwirken, stimmt. Hier zeigen unsere Freunde vom „Bergknappen“ eine bewunderungswürdige — Kindlichkeit, insosfern sie den Gewerkschaftsmitgliedern hartnäckig diese Zentrumssünde gegen die Bergarbeiter verschweigen! Trotzdem fordert der „Bergknappe“ mit edel gemunter „Entlastung“ Beweise für die Allianz zwischen Zentrum und Gewerkschaft. Das August Brust dem Gewerkschaftsführer J. Effert nachweislich vorholt, er sei 1903 vom Zentrum gezwungen worden, zu Gunsten der Partei das von ihm kurz vorher gründlich gerichtete Berggesetz zu beschönigen, ist natürlich nur Zufall. Zufall ist natürlich auch die Tatsache, daß selbst die den Unternehmern wohlgesinnte Bergbehörde die höchste armstelige Bedeutung der Ausschüsse bestätigt, während der „Bergknappe“ sich im Schweige seines Angeichts abmüht, beim verunglückten Produkt der Zentrumss „sozialpolitik“ Ruhmeskränze zu flechten. Zufall ist es natürlich auch, daß früher die Gewerkschafts- und Zentrumspresse die sakratischen Arbeiterausschüsse mit vollem Recht nur als schreibbare Arbeitervertretungen bezeichnete; nachdem aber durch die Rostäuscherklüste des Zentrums den Bergleuten als „gesetzliches“ Spielzeug die mit sakratischen „Rechten“ begabten Ausschüsse zur „Beruhigung“ geschenkt wurden, stellte sich dieses Messer ohne Heft und ohne Klinge von derselben Presse als „große Errungenschaft“ geprägt. Alles nur Zufall, wie auch nur zufällig die wichtigsten Gewerkschaftsstellen von waschechten Zentrumseuten besetzt sind. Es gibt sogar Gewerkschaftsstrategen, die in ersterbender Bewunderung vor der „glorreichen“ Zentrumserungenenschaft die alleinige Arbeitervertretung übertragen möchten. Schrieb doch am 20. September 1906 der ausschussbegeisterte „Bergknappe“:

„Der Gewerkverein steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Wünsche auf Lohnaufbesserung durch die Arbeiterausschüsse vorgebracht werden sollen, da diese als die gesetzlichen Vertreter der Betriebschaften allein hierzu berufen sind.“

Der nächste Schritt wäre sodann die Auflösung des Gewerkschaftsvereins, da ihm ja von den „Bergknappen“ das Recht zur Vertretung von Lohnforderungen besprochen ist. Der Verband erkennt ein „alleiniges Recht“ der Ausschüsse nicht an. Dabei ist den Ausschüssen ausdrücklich auch durch

hülle nicht an. Dabei ist den Ausschüssen ausdrücklich auch durch **Zentrumsschluß** das Recht, bei Lohnstreitigkeiten mitzuwirken, gesetzlich vorenthalten worden! Die Bergknappenkinder treiben ihre Ver- ehrung des Spielzeugs genannt „**Bergarbeiterausschüsse**“, so weit, leich den Werksherrn der Gewerkschaft den Charakter als Arbeiter- vertretungen abzuerkennen, damit mit dem Spielzeug gespielt werden kann. Auch in dieser kindlichen Bergknappenweisheit liegt ein tiefer Sinn: **Das Spielzeug ist ja Zentrumarbeit!** In der am weitesten Pfingstag zu Altenessen stattgefundenen Belegschafts- versammlung für Zeche Neuesen erklärte Gewerkschaftsvorsteher und Ausschussmitglied Scharenstein: „**Der Arbeiterausschuß ist eine Null!**“ So urteilen praktisch tätige Ausschussmitglieder. Über der „Bergknappe“ darf das ja nicht zugeben, er müßte denn die glor- liche **Zentrumserkrüppelung** beim rechten Namen nennen. Und das steht doch nicht, von wegen der „Neutralität.“ Ja, wenn der Wechsel- alig ein Lieblingssünd der „liberalen“ Parteien wäre! Über so ist das Erstligapulver vom Zentrum gemischt. Deshalb „rühr mich nicht an“. Belegschaftsversammlungen, Arbeiterausschüsse und selbst die Berg- hörde konstatieren die Rechtlosigkeit und Wirkungslosigkeit der Arbeiter- ausschüsse. Gesetzgebung und Zechenpraxis stampeln die Ausschüsse Dekorationen. Nur der „Bergknappe“ malt immer wieder neue Farben auf die täuschende Leinwand. — Aber es ist ja wahr, wer nicht mitgewählt hat, darf nicht kritisieren. Handelt doch die Bergknappen- Kinder ebenso konsequent: weil sie den Vorstand des Bergarbeiterverbandes nicht mitgewählt hat, kritisiert die „Bergknappen“-Siedlung auch nicht den Verbandsvorstand.

Damit die parteipolitische Gemeinschaft recht deutlich in Erscheinung tritt, druckt das Zentrumssblatt „Essener Volkszeitung“ den Bergknappenartikel ab. Kein Blatt einer anderen Partei bekennt sich zur Bergknappeneisheit! Die „Essener Volkszeitung“ spekuliert auf das schlechte Gedächtnis ihrer Leser. Daraum gestatten wir uns, sie daran zu erinnern, daß in der „Essener Volkszeitung“ vom 25. Oktober 1906 zu lesen ist, daß **Berggesetz sei total verhunzt und verunstaltet!!!** Dieses total verhunzte und verunstaltete Gesetz brachte den Bergleuten vom „Bergknappen“ warm in Schuß genommenen „gesetzlichen Auslässe“. Und Gewerke in Südfürt J. Effert schrieb im Centralblatt der Zentrumsgewerkschaften — Mai 1906 — nur durch Anwendung des neuen Gesetzes sei ein Arbeiteraufstand vermieden werden. Also doch Steine statt Brot! Der „Bergknappe“ will aber den weiteren eindreden es sei Brot statt Steine.

Ein Auszug aus dem

Ein treuer Mitarbeiter

nte am 15. Juni auf eine 25jährige gewerkschaftliche Tätigkeit zurück: Franz Adams, der seit 17 Jahren ununterbrochen als Schriftsteller in unserer Druckerei tätig ist. Er trat am 15. Juni 1882 beim "Vorband Deutscher Buchdrucker bei, als noch wenige westliche Schriftsteller den Weg zu ihrer Organisation gefunden hatten. Seine Gewerkschaft war Franz Adams ein stets eifriges Mitglied. Als Franz Adams in seiner 17jährigen Tätigkeit als Sekretär der "Bergarbeiter-Zeitung" miterlebte, kann man nur schreiben, wenn man ganze wechselvolle Geschichte des "alten Verbandes" schreibt. In stürmischsten und trübsten Perioden des Verbandes, anfangs der Jahre, stand Franz Adams mehr als einmal in Gefahr, "mit der ganzen Bande" der Verbandsführer "wegen Umsturz" und wer weißt noch was, eingesperrt zu werden. Einmal ist es ihm tatsächlich gelungen, daß er und seine Schriftstellerkollegen von der Gelsenkirchener Polizei (unsere Druckerei war bis 1895 in Gelsenkirchen) verhaftet, knutpenmäßig verhört und auf "umsturzlerische Tendenzen" untersucht wurde. Unser damaliger Druckereipersonal, darunter Franz Adams, kämpfte mitkämpfen und mitleiden unter den unerhörtesten Verfolgungen, der tödlich gehässige "alte Verband" zu erdulden hatte. Franz Adams hat dem Verband mit Hingabe zur Seite gestanden, als verlässlicher Freund und Mitarbeiter. Sehr häufig übernahm er fakturistische und Vertriebsarbeiten für den Verband, wo es ihm an geeigneten Kräften schonte. Unsere Freunde im Bochumer Bezirk wissen, frühzeitig sich Franz Adams auch um die Organisation der Bergarbeiter kümmerte. Und wir sind sicher, daß alle ihm herzliche Gratulation

Bochum. Ein weiter — Staatsanwalt. Unsere Verbandsmitglieder Horn und Husemann wurden am 29. April wegen

nicht rechtzeitige Abmeldung von Mitgliedern, in je zwei Fällen von hiesigen Schöffengericht mit einer Geldstrafe von je 80 Mk. bestraft. Es waren beschuldigt als Vorstandsmitglieder des Verbandes es unterlassen zu haben, das Ausscheiden der am 31. Januar 1907 verstorbenen Mitglieder Friedrich Haloberg und Gustav Stegmann zu Wommern, sondern des am 31. Dezember 1906 verstorbenen Mitgliedes Heinrich Neuper-Günigfeld binnen drei Tagen der zuständigen Polizeibehörde anzugezeigt. In der Begründung des Urteils vom Schöffengericht heißt es: „Wer nun auch die Angeklagten durch Anstellung von Vertrauensleuten Vorsorge zu treffen hatten, daß ihnen die Veränderungen in den betreffenden Bezirken sofort mitgeteilt würden, so schlägt dieses dennoch nicht einen Verschulden der Angeklagten bei etwaiger zu später An- oder Abmeldung aus. Hätten die Angeklagten eine bessere Wahl der Vertrauensmänner getroffen, die sie innerhalb des großen Verbandes leicht hätten treffen können, so wäre ihnen der Tod der Mitglieder mitgeteilt worden.“ Die Angeklagten legten Berufung ein und führten in dem am Donnerstag vor der hiesigen Strafkammer anstehenden Verfahren aus, daß sie keine Ahnung von dem Tode der Mitglieder gehabt hätten, obwohl sie ihrerseits durch Anstellung von Vertrauensmännern alles getan, um sofort bei Ablieben eines Mitgliedes durch die Vertrauensmänner Nachricht zu erhalten. Die Vertrauensmänner hätten dahingehende Anstrengungen erhalten. Außerdem seien sie durch Statut dazu verpflichtet. Husemann hob noch hervor, daß früher zwischen ihnen und der Böschener Polizeibehörde ein stillschweigendes Abkommen getroffen sei, nach dem die An- oder Abmeldungen nur einmal in der Woche stattfänden. Nach der Bestrafung hätten sie dann aber die Meldungen wieder täglich besorgt. Der Angeklagte wies ferner darauf hin, daß es bei der großen Mitgliederzahl (über 110000), die sich über ganz Deutschland und dabei oft in die entlegensten Winkel verteile, geradezu unmöglich sei, die Vorschriften zu erfüllen. Das lehnte sich auch beim Vorsitzenden unmöglich. Rechtsanwalt Seydelmann hob noch hervor, daß bei Todessäulen, und in diesem Falle handele es sich hierum, die Unverwandten eher an den Toten dächten, als an die Abmeldung im Verein. Der Staatsanwalt vertretet die recht vernünftige Ansicht, daß das Gesetz für die heutigen Verhältnisse veraltet sei. Damals beim Erlass des Gesetzes habe der Gesetzgeber wohl keineswegs an so große, verzweigte Vereine gedacht, wie die großen Arbeiterverbände. In vorliegendem Falle handele es sich aber um Fälle, die hier in der Nachbarschaft sich abgespielt hätten. In diesem Falle seien die Angeklagten strafbar und er beantrage deshalb Verwerfung der Berufung. Das Gericht kam zum Freispruch. Der Vorsitzende führte in der Urteilsbegründung aus, daß den Angeklagten keine Schuld beizumessen sei. Sie hätten zuverlässige Vertrauensmänner — vergleiche Urteilsbegründung des Schöffengerichts — ausgewählt. Diese hatten schon lange Zeit den Posten ausgefüllt. Wenn diese nun trocken einmal gescheitert hätten, so sei den Angeklagten keine Schuld beizumessen. — Durch die Handhabung dieser veralteten, schikanös wirkenden Gesetzesbestimmungen werden die Kosten mancher Arbeiterorganisationen geradezu geplündert. Dazu kommt noch die chikanöse Verfolgung dieser schuldlosen Vergehen durch Polizeibeamte, die sogar die Zeitung nach Todessäulen durchsuchen, um die Verfehlungen systematisch mit einer gewissen Schadenfreude zu verfolgen. Der Bergarbeiterverband im Verein mit den übrigen Organisationen mögen dieses staatsanwaltliche Gutachten — daß dieses Gesetz veraltet sei — zum Auslöser einer ernsthaften Bewegung gegen diesen

Oberhausen. „Sie lügen wie die Teufel und schwinden aus Prinzip“, so kennzeichnete der Reichs- und Landtagsabgeordnete des Zentrums, Dr. Sigl, seine eigenen Parteigenossen. Diesem Prinzip huldigen auch die hiesigen Größen des Zentrums-Gewerkvereins, denn mit allen Mitteln sind diese Raben, die die Sonne verflüstern, am Werke, um unseren Verband herunterzutreiben. So äußerte kürzlich ein Nachtwächter — pardon Ausschusznmitglied — des Gewerkvereins im vertrauten Kreise: „Wir müssen alles aufnotieren und zusammentragen, damit wir bei der nächsten Wahl Material gegen den Verband haben!“ So schnüffelt man nun überall herum und wenn man nichts positives feststellen kann, saugen sich diese phantasiebegabten Leutchen irgend eine Räubergeschichte aus den Fingern und schlachten sie gegen den verhafteten Gegner aus. Diese Methode wendet man jetzt auch gegen den Verbandsältesten Meier aus Holthausen an, über den man das Gericht verbreitet, er sei Schuld daran, daß ein Kraukseiter des Mitglieds des Gewerkvereins mit 2 Mr. wegen zu späten Anmeldens beim Altesten bestraft worden sei. Kleßner, so heißt der Betreffende, habe seinen Krankenschein in Abwesenheit des Altesten dessen Frau gegeben und von dieser am andern Tage wieder erhalten, ohne daß der Schein unterschrieben war. Kleßner habe dieses jedoch nicht zeitig genug bemerkt und so sei er später wegen zu späten Anmeldens beim Altesten mit 2 Mr. bestraft worden. Diese ganze Gruselgeschichte ist von Anfang bis Ende von dem sehr christlichen Kleßner erfunden. Der Sachverhalt ist folgender: Kleßner erlitt am 2. März Unfall, begab sich aber erst am 6. März in ärztliche Behandlung, hat sich auch an diesem Tage beim Altesten angemeldet und wurde von diesem auch ordnungsmäßig eingetragen. Am 18. März wurde Kleßner gesund geschrieben, aber erst am 25. März meldete er sich beim Altesten, nachdem der Oberälteste Bruchhagen ihr Besuch und dazu aufgefordert hatte. Laut Statut müssen sich die Kranken innerhalb drei Tagen nach der Erkrankung und nachdem sie gesund geschrieben sind, an- bzw. anmelden, das müßte auch die Zentrums-gewerkvereinsleute Kleßner wissen. Wenn er aber 14 Tage zu spät seiner Pflicht erst nachkommt, ist das nicht die Schuld des Altesten. Es scheint aber, daß dies christliche Musterexemplar das Verleumden als sein Geschäft betreibt, nach dem Rezept August Ernst's, so für sie das Gebot: „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider einen Nächsten“, gar nicht existiert.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aachen. Der „Aachener Volksfreund“ nimmt den christlichen „Textilarbeiter“ und den christlichen Bauarbeiterverband gegen die von uns festgestellte Tatsache, daß diese Christen die freien Arbeiterorganisationen in Aachen ignorierten in Schuß und sucht dies arbeiterfeindliche Verhalten der Brüder in Christo damit zu entschuldigen, daß man Delegierte des christlichen Textilarbeiterverbandes auf dem internationalen Kongreß in Zürich nicht zugelassen habe. Also weil einige Leute sich zurückgesetzt und in ihrer Ehre gefälscht fühlten, deshalb durfte die Arbeiterschaft in Aachen nicht mehr zusammen gehen, deshalb mußte die Arbeiterbewegung in Aachen lahmgelegt werden. Deshalb müssen die Textilarbeiter sich mit ungeröhrten Löhnen zufrieden geben. Hätte der Bergarbeiterverband so handeln wollen, hätte der Verband die Arbeiterschaft für die Verleumdungen, die ihm seitens der Christlichen zuteil geworden sind, die Bergarbeiter verantwortlich gemacht oder machen wollen, dann wäre niemals ein Zusammensehen der Bergarbeiterschaft möglich geworden. Trotz der aehörten gemeinen Verdächtigungen, trotz des Sausichtentos des Gewerbevereins gegen die Verbandsleitung sucht dieselbe dennoch im Interesse der Arbeiterschaft ein Zusammensehen der Bergarbeiterorganisationen zu veranlassen. Das Gesamtinteresse soll Arbeitersführern stehen, als daß sie für die „Sünden Einzelner“ — angenommen, der Zürcher Kongreß hätte den Christen wirtschaftlich Unrecht getan — die ganze Arbeiterschaft verantwortlich machen und jahrelang leiden lassen. Das Vorgehen des Christlichen Bauarbeiterverbandes sucht der „Volksfreund“ damit zu entschuldigen, daß die Mitglieder des freien Verbandes, obgleich die Christlichen es abgelehnt haben, mit ihnen in der jetzigen Arbeiterbewegung gemeinsam vorzugehen, nicht für den christlichen Verband stimmen. Nach dem Volksfreund hatten die Christlichen vor dem Feind eine Tatsache ein Zusammensehen abzulehnen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei Lohnfragen, im Kampfe mit dem Unternehmertum, der Kampf unter den Arbeiterverbänden unbedingt eingestellt werden muß, um somit ein gemeinsames Vorgehen der ganzen Arbeiterschaft zu ermöglichen, wenn dies Zusammensehen die Christlichen dort, wo sie die Mehrheit haben, ablehnen, so zeigt dies eben, wohin die christlichen Führer die Arbeiter bringen wollen. An den anständigen Journalisten des „Bergknappe“ aus dem Wirtsmüller möchten wir mal die Fragen richten, ob es vergessen hat, daß im „Bergknappen“ der Briefwechsel zwischen den Kreisleitern beider Verbände veröffentlicht und der Grubenverwaltung mit einer Waffe gegen die Arbeiter geliefert wurde? Nach Beantwortung dieser Frage werden wir bereit sein, uns weiter über das „christliche“ Vorgehen im Aachener Revier seitens gewisser Zentrums-Gewerbevereins-vertretern näher auszusondern.

Oberbergamtbezirk Breslau

Obervergärtlsbezirk Breslau.
Ratowitc. Wer terrorisiert? - Die Kapitalisten und ihre
cabanten klagen fortgesetzt über den Terrorismus der Sozialdemokratie
und der freien Gewerkschaften. Sie behaupten, unsere Erfolge beruhen
darauf, daß wir nur durch Zwang die Mitglieder gewinnen und erhalten,
halb wird es gut sein einige Proben hier zu veröffentlichen, wie in Ober-
slesien nicht nur die Kapitalisten sondern auch Geistliche den schlimmsten
Terrorismus ausüben, um uns die Mitglieder abzutreiben. Am 27. Mai
wurde ein Bergarbeiter der Cleophasgrube aus Zolenz in die Wohnung

Frau: Der Herr Adamek schickt mich hierher, Sie sollen mir eine Bescheinigung ausstellen, daß ich nicht im Bergarbeiterverbande Mitglied bin. Als die Frau daran zweifelte, wurde der Mann immer bestürmter und setzte hinzu: auf der Cleophasgrube ist mir gesagt worden, wenn ich nicht eine solche Bescheinigung beiingebe, dann kann man mich nicht mehr gebrauchen. Es ging nicht eher fort, bis ihm solche Bescheinigung ausgestellt wurde. Ein anderer Fall. Die Frau eines Mitgliedes aus Elgoth wird nach Rattowitz auf die Pfarrei bestellt und von dem Kaplan eine ganze Stunde über die Verderblichkeit des „sozialistischen Bergarbeiterverbandes“ „aufgellärt“ und aufgefordert ihren Mann zu veranlassen, aus dem Verbande auszutreten. Da sie aber standhaft blieb (in hundert anderen Fällen geschieht das natürlich nicht), so wurden ihr zwei die Sozialdemokratie schmähende Broschüren mitgegeben und sie wurde aufgefordert, ihren Mann nunmehr auf die Pfarrei zu bestellen. Auf den Inhalt der Broschüren kann hier leider wegen Mangel an Raum nicht eingegangen werden, sie werben in Skizzen im Verlage der „Apostolischen Gebetsgesellschaft“ herausgegeben und sind nicht viel besser wie die Schriften des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Erwähnt sei nur das zehnte Kapitel der einen Broschüre, welcher wörtlich lautet: „Die Schuld an der Not der Arbeiter trägt in den meisten Fällen die Faulheit, das Leben über den Staub, die Sauferei und die kurze Arbeitszeit“. Damit ist wohl das Pamphlet genügend gekennzeichnet. Wir werden jetzt die Broschüre in einer Versammlung vorlesen, denn schlimmer kann man die Arbeiter nicht verhöhnen und aufreizen als es in diesem Pamphlet geschieht. Der Bergmann ist selbstverständlich nicht auf die Pfarrei gegangen, sondern zu seinem Bezirksleiter und übergab ihm die beiden Pamphlets, wobei er sagte: „Nach dem allen kann ich nicht anders annehmen, als daß verschleierte Geistliche Aktionäre der Grubengesellschaften sein müssen, die uns in so unerhörter Weise ausbeuten, sonst könnten sie nicht so offenkundig den Geldschrank verteidigen und noch dazu mit solchen Mitteln“. Diese Annahme ist auch sehr berechtigt, ist es doch bekannt daß es nirgends solche reiche Geistliche gibt, als in dem elendesten Hammerlande Oberschlesiens, sogar Millionäre und vielfache Millionäre gibt es unter ihnen. Und das sind die Nachfolger dessen, der nicht ein Plätzchen besaß, wo er sein Haupt niederlegen konnte, und der da sagte, es ist eher möglich, daß ein Kameel durchs Madelbörde geht als daß der Welche in das Himmelreich kommt. Am Montag den 3. Juni kam wieder ein Bergmann der Eininenzgrube in Tomb auf das Bureau und sagte: „Ich arbeite jetzt auf der Eininenz, die Grube gehört dem Herrn Erzbischof Kopp von Breslau, da hat mir der Herr Obersteiger gesagt, daß man Leute, die im sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande sind, nicht gebrauchen kann; wenn ich nicht im Verbande sei, dann soll ich eine schriftliche Bescheinigung darüber bringen, sonst . . .“ Am Dienstag den 4. Juni erfuhren wir auf dem Bureau, daß wiederum der Obersteiger der Cleophasgrube einen Bergmann in die Kanzlei kommen ließ und ihm erklärte, daß er im sozialdemokratischen Gewerkschaftshause gewesen und dort gesehen worden sei; er sollte dafür zunächst mit Schlepperarbeit bestraft werden und wenn das nicht hilft, dann . . . usw. So geht es im Rattowitzer Bezirk fast alle Tage. Die meisten Fälle erfahren wir garnicht, die Leute geben einfach (um endlich Ruhe zu haben) ihre Verbandsbücher auf der Grube ab und treten aus dem Verbande aus. Der Klassierer wundert sich dann, wie das kommt, daß soviel Mitglieder verloren gehen. Noch mehr wundern sich aber die Bergleute, daß sie den Schmachtrümen immer weiter anzischen müssen, trotz der kolossalen Steigerung der Grubenprosite. Warum wohl gerade die Cleophasgrube in dieser nichtswürdigen Weise gegen ihre Grubensklaven vorgeht? Nun, das ist die Angst vor „den Sklaven, der die Ketten bricht“!!! Ursache hat er genug dazu, wie nachstehende Zahlen beweisen mögen. Die 2544 Arbeiter der Cleophasgrube haben im Jahre 1905 jeder in 207,6 Schichten für 2584,72 Ml. Kohle gefördert. Das macht pro Tag 8,67 Ml., an Lohn haben sie aber erhalten pro Tag 8,41 Ml. oder jährlich 1078,84 Ml. Damit aber niemand glaubt, wir hätten in tendenziöser Absicht die schlechteste Grube herausgegriffen, wollen wir objektiv sein und die Ziffern aller in der oberschlesischen Montanindustrie beschäftigten Arbeiter (also der Berg- und Hütteneleute Oberschlesiens), den Leistungswert und die ausgezahlte Lohnsumme zur Kenntnis der Leidenschaftlichkeit bringen: Beschäftigt waren 162800 Mann. Die hergestellten Produkte hatten einen Wert von insgesamt 664898248 Ml. oder pro Mann 4081,07 Ml. Der Gesamtlohn betrug 159087956 Ml. oder pro Mann 978,89 Ml. Diese wenigen Zahlen bedürfen gewiß seines weiteren Kommentars, sie sprechen für sich selbst. Wenn man noch weiter in Betracht zieht, daß verschiedene von den Geistlichen fanatisierte Familien bis zu 10 Prozent ihres Einkommens von ihrem Hungerlohn an die Kirchen usw. abgeben, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Schwindsucht, der Hungertypus, die Genitalie und andere Proletariertankheiten und Epidemien in Oberschlesien nicht ausgerottet werden können. Die vielzulange und zu schwere Arbeitszeit in Verbindung mit Unterernährung infolge der elenden Hungerlöhne hat hier die Arbeiter schon geistig, körperlich und moralisch so weit heruntergebracht, daß sie nicht mehr fähig sind solche gemeinen Attentate der Kapitalisten und ihrer Helfer oder Geistlichen von sich abzuwehren, viele stürzen sich aus Verzweiflung über ihr Schicksal in die Arme des Alkohols und des Verbrechens und die wirklich Schuldigen, die Herren Ausbeuter und Geistlichen, entrüsteten sich dann sittlich über die Verderbtheit der Arbeiter. Doch der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht. Die moderne Arbeiterbewegung wird auch hier in Oberschlesien den Phariseern und Heuchlern die Maske vom Gesicht reißen, der Ausbeutung in jeder Form ein Ziel setzen und unsere gerechte Sache wird siegen trotsdem.

Grußchau. Am 2. Juni stand hier eine Bergarbeiterversammlung statt, die sich mit den elenden Verhältnissen der Peterschlowitzer Gruben beschäftigte. Lebhafte Klage wurde geführt über schlechte Löhne, schlechte Behandlung und dergl. Bei alledem suchen aber die Unternehmer die Arbeiter mit den verwerflichsten Mitteln von ihrer Berufsorganisation fernzuhalten und die Geistlichkeit leistete hierbei noch vielfach hilfreiche Hand. Bei den menschenunwürdigen Verhältnissen, wie sie vorherrschten, sei dieses aber besonders für Geistliche verwerflich. Besser als Worte geben nachstehende Zahlen über diese Zustände Aufschluß. Die Zahl der

Gesamtzahl der Arbeiter	Davon männliche Arbeiter	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
Arbeiter	über 16 Jahre	unter 16 Jahre	Arbeiter
1904 1302	1182	67	58
1905 1435	1203	73	60
1906 1522	1274	72	62

Gesamtzahl der verlorenen. Die Zahl der verlorenen Schäfer.

Gesamtzahl der verfahrenen Schichten	Die Zahl der verfahrenen Schichten betrug pro Arbeiter	
1904 884 877	295,6	
1905 896 118	276	
1906 433 726	284,2	
Die Gesamtförderung betrug	pro Arbeiter und Schicht wurde gefördert	Der Preis pro Tonne betrug
1904 6 670 020 Zentner	17,33 Zentner	7,65 M.

		Bruttogewinn	Bruttogewinn pro Arbeiter und Schicht
1904	2 303 293 Mf.	5,98 Mf.	
1905	2 608 581 "	6,58 "	
1906	2 248 625 "	5,55 "	

1906	3 348 605	"	7,71	"
Die insgesamt an die Arbeiter gezahlte Lohnsumme betrug:				
	Der Lohn pro Arbeiter	Der Jahresverdienst pro		
	und Sticht betrug	Arbeiter betrug		
1904	984 908 Mf.	2,45 Mf.	756,45 Mf.	
1905	1 154 697	2,68	780,45 Mf.	

1905	1 554 685	"	2,66	"	734,96	"
1906	1 251 243	"	2,88	"	821,26	"
Insgesamt			Der Nebenschuß betrug:			
1904	1 318 385	Mf.	3,43	Mf.	1012,58	Mf.
1905	1 453 896	"	3,92	"	1082,83	"
1906	2 097 362	"	4,83	"	1874,41	"

Man er sieht aus diesen Zahlen, daß die Herren Besitzer der Pieschkenwitzer Gruben auch dem Grundzah huldigen: „**Sorge jeder für den eigenen Haushalt.**“ Während diese Herren schmunzelnd ungeheure Summen einnehmen, geht der Arbeiter fast leer aus und muß mit Weib und Kind arbeiten und hungern; damit diese Herren Nichtstuer ein Leben in Freude und Nebenflüß führen können. Zugegeben, daß sich der Nebenschuß durch Auslagen für Reparaturen in der Grube noch etwas verringert, so bleibt doch immer so viel übrig, den Arbeitern einen Lohn zu zahlen, womit sie nicht zu verehrenden brauchen. Aber soweit reicht die Christlichkeit dieser reichen Herren nicht, sie prassen und schwelgen in den Tag hinein und fragen nicht danach, daß tausende von armen Menschen neben ihnen verehrenden. Wie lange wollen sich die Arbeiter diese grenzenlosen Schmach gefallen lassen? Wie lange noch wollen sie darüber mit-

Schindluber spielt? Pflicht aller Arbeiters ist es, gegen diese schändlichen Zustände Front zu machen dadurch, dass sie sich der Organisation anschließen. Ist die Organisation stark und mächtig, dann sind die Arbeiter, das kann auch in der Versammlung einstinken zum Ausdruck, selbst in der Lage, ihr Los zu bestimmen.

Gottesberg. Der Streitfall eines Gewinddirektors. Im November vorläufigen Jahres hielten die Altkönige der Schlesischen Kohlen- und Koksgruben in Berlin eine Versammlung ab, wo an obigen sowie an den Prager Eisenhüttenwerken scharfe Kritik geübt wurde. Unzufrieden gab, wie sich nachträglich auf der Wiener Generalversammlung beider Werke herausstellte, der vorjährige Streik. Der Kamerad Franz Pohl brachte hierüber einen Bericht in den Gottesberger Volksblätter, von der "Schlesischen Zeitung" entnommen hatte. Darüber klagte an, das Schlossgericht verurteilte leichten auch zu 100 M. Geldstrafe, wodurch Pohl Berufung eingelegt. Die Berufungsinstanz sprach den Angeklagten frei und führte in der Begründung aus: Pohl sei Vertrauensmann der Gottesberger Fabrik und in dieser Eigenschaft müsse ihm der § 193 des Str.-G.-B., Wahrung berechtigter Interessen, zugestanden werden und außerdem sei in dem Artikel vom Kläger in keiner Weise die Freiheit gegeben. Gegen dieses Urteil hatte Kamerad Pohl Anwendung, die aber verworfen wurde. Herr Möhner hat es sich jedenfalls nicht trauten lassen, dass einem Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes der § 193 zugestanden werden könnte, mit begreiflich daher seine Enttäuschung und teilten seinen Schmerz.

Buzug von Bergleuten fernzuhalten!

Im Zwickauer Kohlen-Revier sind die Arbeiter in eine Bewegung zwecks Verbesserung der elenden Arbeitsbedingungen eingetreten. Allen Wünschen und Forderungen der Belegschaften setzten die Bechenherren ein beharrliches Nein entgegen. Es handelt sich vorzüglich um eine Beschränkung der oft bis zu zwölf Stunden ausgedehnten unterirdischen Schichtzeit. Nominal gilt zwar die Gehstundenschicht, aber selbst diese für einen Untertagsarbeiter viel zu lange Schicht wird vielfach um 1—2 Stunden überschritten. Einsteils nötigen die schlechten Löhne die Bergarbeiter zu Überstunden, sodann haben Bechenverwaltungen aber auch durch Anschlag die Arbeiter zur Zwölftundenschicht (einhalbmal Überstundenschicht) kommandiert. Wer sich weigert, das "Zehntel" zu machen, hat auf die Dauer darunter zu leiden. Schon 1900 versuchten die sächsischen Bergleute eine Verbesserung ihrer Lage durchzuführen. Auch da lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab, es kam zum Streik. Der Streik wurde mit Hilfe der Behörde, die den "kleinen Belagerungszustand" über das Streikrevier verhängte, nach kurzer Zeit niedergeschlagen.

Das Bösartigste ist aber, dass das sächsische Berggesetz den Bechenherren die Handhabe bietet, ablehrenden Bergleuten, die durch Beitragszahlung erworbenen knappsozialistischen Rentenansprüche zu entziehen. Insfern hebt die "Wohlfahrtssektion" Knappsozialistkasse das Vereins- und Streirecht der sächsischen Bergleute auf.

Dieses Jahr ging die Bewegung zur Ermäßigung der Schichtdauer und für Pfarrbefreiung der Löhne von den Brüderbergshächen bei Zwickau aus. Die Arbeiter wählten eine Lohnkommission, die aber bei den Bechenherren kein Gehör fand und schließlich gemahngewollt wurde. Direktor Brücker erlaubte sich, die Bergarbeiter und ihre Frauen zu beschimpfen, "die Arbeiter und ihre Frauen, 'hurten'!!!". Zwar wurde der Herr entlassen, aber sein Nachfolger Brauns maßregelte die Lohnkommission.

Infolgedessen griff eine große Gregung platz und abermals standen die Belegschaften vor einem Streik. Doch haben sie auf Anraten der Organisationsleiter einstweilen von einem Streik abgesehen, sind aber dafür entschlossen, so viel wie möglich den "sächsischen Staub von den Pantoffeln zu schütteln", d. h. auszuwandern! Allein auf den Brüderbergshächen hat ungefähr der dritte Teil der Belegschaft seine Abkehr gefordert! Je hartnäckiger sich die Bechenherren den wohlberechtigten Arbeitersforderungen entgegenstellen, desto mehr wird der sächsische Bergbau seine Arbeitskräfte verlieren. Ein anderes und besseres Mittel blieb den schwergeplagten Arbeitern einstweilen nicht übrig.

Nun kommt es darauf an, den Zugang von Arbeitern in das Zwickauer Kohlenrevier fernzuhalten. Wenn diese Absperrung gründlich durchgeführt wird, werden sich die Bechenherren wohl oder übel zu Zugeständnissen an die Arbeiter bequemen müssen.

Wir bitten deshalb alle arbeitersfreundlichen Blätter des In- und Auslandes um Abdruk dieser Notiz und um weitere tatkräftige Unterstützung der geplagten Zwickauer Bergleute durch fortlaufende Informationen über den Stand der Bewegung.

Mit Glück auf!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

H. Sachse.

Vorhubewegungen und Streiks.

Der Streik im Lothringen Minettegebiet nimmt seinen Fortgang.

Angleich die hiesigen Grubenmagnaten in ihrer Presse behaupten, dass es keine Streikenden, sondern nur noch Entlassene gebe; geht der

Streik zum Verbruch des Unternehmertums immer weiter. So fanden am 11. Juni Vertrauensmännerkonferenzen des alten Verbandes, sowie des christlichen Gewerbevereins statt, vor über die Lage des Streiks, sowie über die weiter zu ergreifenden Schritte beraten wurde. In der Sitzung des alten Verbandes wurde beschlossen, weiterhin Solidarität zu üben, und indem der "christliche" Gewerbeverein in seiner Sitzung für Weiterstreiken oder Abbruch stimmen, sich mit dem Beschluss solidarisch zu erklären. In einer auf die Vertrauensmännerkonferenz folgenden gemeinsamen Konferenz, in welcher die Streikleiter beider Organisationen anwesend waren, machte Kamerad Wissmann im Auftrag seiner Kameraden den Beschluss der Altvorstände bekannt. Vom "christlichen" Gewerbeverein wurde dann der in ihrer Sitzung gefasste Beschluss zur Kenntnis gebracht. Derfelbe lautet folgendermaßen:

Die heutige Konferenz der streikenden christlich organisierten Lothringen Bergarbeiter beschließt, treu und unentwegt im Kampfe um ihre Knappsozialrechte zu verharren. Die Teilnehmer der Konferenz stellen fest, dass nur die streikenden Bergarbeiter selbst ihre Meinung zum Ausdruck brachten und weisen es deshalb entschieden zurück, dass ihre Führer in diesem Kampfe als Heizer hingestellt werden. Die Konferenz appelliert nochmals an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Lothringen Bergleute und fordert alle noch arbeitenden Kameraden auf, die Arbeit unverzüglich niedergelegen, gleichzeitig sämtliche deutschen, luxemburgischen und französischen Bergarbeiter, den Zugang fernzuhalten, damit dieser Kampf desto schneller in einem, den Arbeitern günstigen Sinne zu Ende geführt wird."

Die Altvorstände erklärten daraufhin, dass sie weiter wie bisher ihre Solidarität als organisierte Arbeiter begegnen würden und wurde sodann beschlossen, mit allen gesetzlichen Mitteln, darin zu wirken, dass die in letzter Zeit sich mehrenden Arbeitswilligen den Ernst der Lage erkennen und sich mit ihren streikenden Brüdern, welche von dem Unternehmertum als entlassen betrachtet werden, solidarisch erklären. Am 14. und 15. d. M. finden auf allen Gruben die Lohnzahlungen statt und wird es sich erweisen, ob die bis jetzt noch arbeitenden Kameraden, ihre streitenden Brüder im Stiche lassen wollen, und damit sich als Helfer des Kapitalismus bloßstellen. Hoffen wir, dass dieselben zum Bewußtsein des Ernstes der Lage kommen und damit den Grubenmagnaten zeigen, dass die alte Kameradschaftlichkeit und Bruderlichkeit auch bei den Lothringen Bergarbeiter noch in Ehren steht, dann wird der Streik noch zu einem für die Arbeiter günstigen Resultat gelangen.

Verammlung der französischen Kameraden in Auboue (Frankreich).

Am 9. Juni sandte in Auboue unter Vorsitz des Secretärs Gossler des Syndicats corporatif eine öffentliche Versammlung statt, in welcher sowohl die auf Grube Fonte de la Nau beschäftigten deutschen als auch italienischen und französischen Kameraden anwesend waren. Kamerad Gossler forderte die französischen Kameraden auf, dass, wenn es sich bewahrheitet sollte, dass die französischen Gesellschaften Erz nach Lothringen lieferen, sämtliche Kameraden ihre streikenden Brüder in Lothringen durch Arbeitsniederlegung unterstützen sollten.

Ein italienischer Redner sowie Kamerad Wissmann erklärten die Gründe, wegen welchen die Lothringen Minettegräber in den Streik eingetreten seien und betonten, dass das Unternehmertum international verbunden sei und deshalb auch die Arbeiter aller Länder treu zusammenhalten müssten. Sie betonten ferner, dass die französischen Kameraden absolut nicht in den Streik einzutreten brauchen, wenn es die französischen Grubenherren unterlassen hätten, Erz nach Lothringen zu liefern. Es wurde sodann eine Resolution angenommen, wonach die Unternehmer die Folgen hingeniesen werden, wenn sie fernher noch Erz nach Lothringen liefern sollten, indem sich dann die französischen Minettegräber veranlasst sehen würden, ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen. In den letzten Tagen erschien man nun, dass die Bekanntmachung ihren Zweck erfüllt hat, da von einer Erklärung nach Lothringen von Frankreich aus nichts mehr verlautet. Viel mag dazu auch beitragen, dass die Grube Fonte de la Nau ihr Erz jetzt selbst nicht hat, weil die Compagnie Maritime, der auch diese Grube gehört, in nächster Zeit einen neuen Hochfeuer in Betrieb stellen wird. Die Kameraden werden noch in der Versammlung aufgefordert, dem Werkstatthus zu entgehen und sich dem Arbeitervorium anzuschliessen, noch dazu, was in letzter Zeit in der französischen Kammer ein Gesetzentwurf angenommen wurde, nach welchem nach sechs Monaten alle Werkstatthäuse aufgelöst sein müssen. Man sieht, dass auch in dieser Hinsicht die französischen Minettegräber mit einem guten Beispiel den anderen Staaten vorangehen. Ob das "sozial fortgeschrittenen" Deutschland Beispiel folgen wird, ist eine andere Frage, die derjenige, welcher die verschiedenen Arbeiterschaften in den deutschen Parlamenten kennt, nicht zu bejahen vermag. In der Arbeiterschaft liegt es, sich sowohl gemeinschaftlich als politisch zu organisieren, um durch starke Organisationen soviel Einfluss im öffentlichen Leben zu erzielen, dass auch in den Parlamenten arbeiterfreundliche Gesetze erungen werden können, wie sie uns vom so oft gegründeten Frankreich vorgenommen werden. Also weitergekümpft für Freiheit und Recht, der Sammler, den wir aussteuern, wird einst eine reichliche Ernte zum besten der Arbeiterschaft geben.

Die "Straßburger Post", ein Scharfmacherorgan, sucht auf alle Art. und Weise gegen die streikenden Bergarbeiter scharf zu machen. So prahlte dieselbe damit, dass der Lohn der lothringischen Bergarbeiter um 20 Prozent höher sei, als derjenige der westfälischen Kohlenbergleute. Natürlich verschweigt dieses für die Interessen der Kapitalisten kämpfende Blättchen, dass der Lothringische Minettegräber noch 10 und 12 Stunden schuftet muss, dass ferner die Arbeit des Minettegräbers noch anstrengender ist, als die des Kohlenbergmannes, also die Lothringischen Grubenmagnaten durchaus um keinen Deut humaner sind, als die des Kohlenbergmannes, sondern die paar Mark, welche die Lothringischen Bergleute wirklich mehr verdienen sollten, durch Überarbeit und Abschütteln sauer genug verdient werden müssen. Deshalb lastet das Blättchen, ihr Herzen, führt erst die Schichtdenschicht ein und zahlt dabei diesen Löhnen wie vorher, dann wird man erst glauben können, dass die Lothringischen Erzbarone wirklich etwas besser gesetzt sind, als ihre Gesinnungsgenossen im Ruhrrevier. Daraum her mit dem Arbeitstag. Acht Stunden sind genug!

Lobende Anerkennung finden die Polizeiorgane in St. Maria auf Chaves.

In verschiedenen auf Seiten der Unternehmer stehenden Blättern wird in St. Maria sich befindlichen Herren der öffentlichen Gewalt ein uneingeschränktes Lob gespendet, indem es dem Herrn Kommissar gelungen sei, zwei Versammlungen zu vereiteln, sowie der Gendarmerie zwei italienische Redner zu verhaften. Eine jede Bemerkung über, dass diese Herren gespendete Lob ist überflüssig, wie können mir sagen, dass diese Leute, die sich neutral verhalten sollten, das Lob der Kapitalistischen in vollster Höhe verdienen und dies befragt genug.

20 M. für jede Versammlung

sollen die Referenten der Arbeiterorganisationen erhalten. So erzählt ein Grubenbeamter den Bergarbeiter in Moisuvre. Der gute Mann, scheint vergessen zu haben, dass man seine Nebentätigkeiten nicht verleumden soll. Erzählt derselbe doch, die Arbeiter sollen den "Hecken" nicht folgen, die für 20 M. für Versammlungen abhalten könnten. Jedenfalls glaubt dieser Blättchen, dass die Arbeiterorganisationen ebensoviel bezahlen, wie das Unternehmertum jene feigen Knechte entloht, die mit Ewigem und Verleumdungen der gerechten Sache der Arbeiterschaft entgegenzuwirken suchen. Doch verlangen die Männer dieser Herren nicht mehr, die Arbeiterschaft, lässt sich nicht mehr durch aus dem Hinterhalt abgeschossene Pfeile verwunden, sondern hat keine Grubenbeamten rüdig zur "Aufführung" irgend welcher Art, sie betrachtet sich als mindig. Die Lothringen Bergarbeiter lassen sich weder mit Verleumdungen noch Schmeichelchen weiterhin tödern, sie haben die Macht der Arbeiterorganisation erlernt und werden deshalb treu bleiben, um sich besser Verhältnisse zu eringen, was hier, wenn die Bergarbeiterfamilie einig ist, gelingen wird, mag es auch noch so manchen Kampf kosten. Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sic erklämpfen muss.

Gelbe Organisationen erwünscht.

Die schon öfters genannte "Straßburger Post" schreibt in einem jedenfalls von einem exzitierter Scharfmacher dictierten Artikel unter anderem, dass es Sache der Arbeiterschaft sei, den Führern den Laufpass zu geben. Es sei zu hoffen und zu wünschen, dass dies geschiehe, ehe wieder ein neuer Streik entstehe, und dass ein Stellvertreter der Führer trete, die mit dem nötigen Wass von Urteilsschärfe ausgerüstet seien. Das weiteren geht aus dem Scharfmacherartikel hervor, dass die Herren Organisationen wünschen, die dem Unternehmertum volle Berechtigungen angieden lassen. Was Berechtigungen angehören lassen im Sinne des Unternehmertums heißt, wissen wir sehr gut. Die Herren möchten, folgt

Organisationen, wie der Katholische Arbeiterverein in Luxemburg und gelbe Gewerkschaften mit Söhnen & Co. in Coton. Seien deshalb die Lothringischen Bergarbeiter auf der Hut, man weiß auch hier in nächster Zeit versuchen, eine gelbe Organisation zu gründen, um durch eine Schutzbündnis des Unternehmertums die um ihr steht kämpfenden Arbeiter niederkämpfen. Die Lothringen Bergarbeiter werden aber leben, Kameraden möglichen, der hier Unternehmertumsgruppen herabstellen will, in sein Bauer zurückkehren, aus welchen er entflohen ist, denn sie finden hier keinen Geschmack mehr an dem Bergarbeiter Unternehmertum.

Verbandsnachrichten.

Sperrre in Zwickau.

Wir machen auch hier auf die über den Zwickauer Steinbrüchen aufmerksam. Alle Kameraden, auch die vom Zwickauer Revier, dürfen nicht auf den Brüderbergshächen in Arbeit treten, wenn sie nicht gegen die Verbandsdisziplin verstößen wollen. Wer trotzdem dort Arbeit nimmt, stellt sich außerhalb des Verbandes. Auswärtige Kameraden haben das Zwickauer Revier und auch das Voithinger Revier (Gräbergebiet) jetzt zu meiden.

Neuroder Revier.

Es wird jetzt infolge Sperrung der Kolportage durch Wechsel ic. unter vorkommen, dass einige Kameraden die Zeitung erst Montags erhalten. Wir bitten, dass einige Zeit entschuldigen zu wollen. Sobald es möglich ist, wird sie wieder spätestens Samstag ins Haus kommen.

Zahlstellen-Versammlungen.

Jimmer wieder kommen aus den verschiedensten Zahlstellen Anforderungen, dass wir im redaktionellen Teile unserer Zeitung, oder durch besondere Annoncen zu den Zahlstellen-Versammlungen aufgerufen sollen. Wir machen hier darauf aufmerksam, dass es ganz unnötig ist, neben dem Zahlstellen-Versammlungskalender noch besondere Notizen oder Annoncen zu bringen. Unsere Zeitung wird sonst nur von solchen Bekanntmachungen gefüllt. Ist neben der Bekanntmachung im Zahlstellen-Kalender noch ein besonderer Hinweis nötig, so mich die Zahlstellen-Verwaltung das entweder durch Handzeichen oder durch Aufdruck eines Typenstempels auf die Zeitung, besonders bekannt machen. Bitte beachte das endlich.

Das Mitglied Anton Meschewski Nr. 288006 in Glindingsfeld wird wegen Betrugsvorwurfs aus dem Verbande ausgeschlossen. Der Vorstand.

Achtung! Bezirk Gelsenkirchen.

Den Kameraden zur Nachricht, dass vom 20. Juni ab meine Adresse nicht mehr Wirkungsträger ist, sondern Gelsenkirchen, Schalterstraße 18. Bitte dieses zu beachten.

Niedersprockhövel.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass unser Zahlstellen-Versammlungskalender noch nicht geplant, am 25. August, sondern schon am 4. August stattfindet.

Bugau-Delitzsch.

Den Kameraden zur Kenntnis, dass ab 1. Juli die Erteilung von Rechtschutz nicht mehr in der Wohnung des Kameraden R. Frauenstein, sondern vom Leiter auf dem Bergbauamt in Bugau, Voithbergstr. 46, ertheilt wird. Sprechzeit ist jeden Dienstag und Freitag von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4½ Uhr. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, dass diese Zeit streng eingehalten ist und die Kameraden selbst daran schuld sind, wenn sie unnötige Wege machen müssen. Auch ist es dringend notwendig, die bei Arbeitsstreikfehlern erhaltenen Papiere, Schriftstücke usw., sofort an das Bureau zu senden, damit keine Verzögerung eintrete. Die eventuellen Folgen für zu spät eingesandte Schriftpapiere haben die Vertreter ebenfalls zu tragen. Die Vertrauensleute werden erucht; ihre Mitglieder besonders darauf hinzuweisen. Die Bezirksleitung.

Zahlstelle Brambauer. In den Monaten Juni, Juli, August und September finden unsere Mitgliederversammlungen nicht mehr nachmittags 4 Uhr, sondern vormittags 11 Uhr statt. Unser Jubiläumsfest findet am 18. August statt. Die Ortsverwaltung.

Friedrichsgrün.

Unser bisheriger Kamerad M. Kröbel ist nach dem Ruhrgebiet ausgewandert und werden die Geschäfte bis zur Neuwahl von Vertrauensmann geführt, der auch das Krautengelb auszufüllen. Die Neuwahl des Käffers findet am 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Baumwolle statt und erfuhrte alle Kameraden, dort zu erscheinen. Die Zeitung wird für diesen Monat von Frau und Kindern unseres Kameraden M. Kröbel ausgefahren; sollte ein Druck in der Zeitung eintreten, so bitte, dieses ebenfalls beim Vertrauensmann zu melden.

A. Gruenberg.

Krankengeldauszahlung. Suderwich. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmannes, Schulstraße 21, II. Etage.

Bücherrevisionen

finden statt: Brechten. Vom 20. Juni bis 10. Juli. — Grumme. Vom 24. Juni bis 6. Juli. — Höntrop. Vom 25. bis 28. Juni. — Sterkade. Vom 24. bis 28. Juni.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Brandis, Bezirk Leipzig. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs.

Marienfelde. Jeden Sonntag nach dem Zahltag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Dreher. Zahlung der Steuertage.

Jeden Sonntag nach dem 17. des Monats: Neukirchberg (Zeitungstage fehlt). Im Lokale des Herrn A. Giese. Niedervürthnipp. Nachmittags 4 Uhr. (Vorlagefehler fehlt.)

Jeden Sonntag nach dem 18. des Monats: Schlegel. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ed. Stephan, Kolonie Seppelt.

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats: Esbeck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Adam. Gosebrück. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fette, Lindgaerten.

Worlitzungen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn A. Melars. Oberlaubren. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Kretz in Oberlaubren. Bergberg. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant "Glatz". Salgast. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kippe.

Jeden vierten Sonntag im Monat: Buchen IV (Präsident). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herr

